Die Linke

Kreisverband
Darmstadt-Dieburg

Kreistags Wahlprogramm

Für die Kommunalwahl am 15. März 2026

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 03
I. Wohnen 06
Stadtplanung 06
Grundstücksspekulation einen Riegel vorschieben 07
Gemeinwohl statt Profit 07
Sanieren 10
Kommunales Vorkaufsrecht nutzen 11
Mietendeckel statt Mieterhöhungsspiegel 11
Realistische Mietobergrenzen für Bürgergeldempfänger 12
Die Klemme auflösen 12
Wie wollen wir wohnen? 13
Endlich mal digitalisieren! 13
II. Kommunen und Landkreis ausreichend finanzieren 14
III. Umwelt und Klima 17
IV. Tierschutz in unserer Kommune – Verantwortung übernehmen für alle Lebewesen 19
Stadttauben schützen statt verdrängen 19
Für eine tierausbeutungsfreie Landwirtschaft – auch auf kommunaler Ebene 19
Kommunale Ernährung: pflanzlich, gesund, gerecht 20
Unterstützung für pflanzliche „Küchen für alle“ (KüFas) 20
Katzenschutzverordnung 21
Wildtiere, Insekten & Lebensräume schützen 22
Versuchstiere 23
Tiertransporte 23
V. Solidarische Gesellschaft 25
Soziale Teilhabe und Unterstützung für alle 25
Kinder- und Jugendrechte stärken 26
Kostenfreie Bildung und mehr Kita-Plätze 26
Gutes Leben für Geflüchtete 27
Jugend endlich ernst nehmen 27
Freiräume für Jugendliche 28
Minderheiten haben das Recht auf Gleichstellung 28
Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung 29
Ehrenamt braucht Hauptamt, moderne Ausstattung für Feuerwehr und Hilfsorganisationen 30
Für eine demokratische Gesellschaft gegen Rechts und gegen Rassismus 30
Wir stehen ein für Frieden und Solidarität 31
Nein zur Bezahlkarte 32
VI. Gesundheit & Pflege 34
Pflege 34
Gesundheit 36
VII. Mobilität und Nahverkehr 38
Ausbau des ÖPNVs 38
Fuß- und Fahrradverkehr 39
VIII. Schulen und Bildung 40
Mehr politische Bildung und Medienkompetenz in den Lehrplan 40
Schulentwicklungsplan 42
Integrierte Gesamtschulen für mehr Chancengleichheit! 42
Sanierung & Modernisierung der Schulgebäude 43
Schwimmunterricht 44
Zum Abschluss 45

Einleitung

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist ein wichtiger Wirtschafts- und Bildungsstandort und ein attraktiver Lebensraum. Doch trotz seiner Stärken gibt es auch Herausforderungen: Soziale Ungleichheit, Umweltprobleme und eine unzureichende Infrastruktur sind nur einige der Probleme, die wir angehen müssen. Als DIE LINKE setzen wir uns für eine gerechte und solidarische Gesellschaft ein. Wir wollen, dass alle Menschen im Landkreis Darmstadt-Dieburg ein gutes Leben führen können, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Situation.

Unser Ziel ist es, den Landkreis Darmstadt-Dieburg zu einem Ort zu machen, an dem sich alle Menschen wohlfühlen und ihre Potenziale entfalten können. Dazu setzen wir uns für eine Politik ein, die die Interessen der Menschen über die Interessen der Konzerne und der Reichen stellt. Wir fordern eine faire Verteilung von Ressourcen, eine gute Gesundheitsversorgung und eine hochwertige Bildung für alle.

In den nächsten Jahren werden wir uns für eine nachhaltige Entwicklung des Landkreises einsetzen. Das bedeutet für uns, den Umweltschutz zu stärken, den öffentlichen Verkehr zu fördern und die Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger zu verbessern. Wir setzen uns auch für eine soziale und gerechte Städteentwicklung ein, die allen Menschen eine Chance bietet, ein gutes Leben zu führen.

In diesem Wahlprogramm stellen wir unsere Ziele und Forderungen für eine bessere Zukunft im Landkreis Darmstadt-Dieburg vor. Wir hoffen, dass wir mit unseren Ideen und Vorschlägen überzeugen können und dass wir gemeinsam eine positive Veränderung für unseren Landkreis erreichen können.

In jedem Wahlprogramm und bei jeder Partei findet sich immer wieder der Demokratiebegriff, leider ist dieser zu einer leeren Worthülse verkommen. Deshalb ist es für uns wichtig diesen mit Leben zu füllen. Wir verstehen den Demokratiebegriff wie folgt:

Demokratie - Herrschaft des Volkes - so lautet die schlichte Übersetzung des Wortes. Aber schon bei der Frage, wie diese »Herrschaft« konkret aussehen soll, scheiden sich die Geister.

In den 60er Jahren glaubten viele, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine Demokratie seien. Und das, obwohl dort noch eine Politik der »Rassentrennung« betrieben wurde. Auch die Schweiz schmückt sich schon über hundert Jahre mit dem Prädikat »demokratisch«: Aber bis 1971 wurde Frauen das volle Stimmrecht vorenthalten. Und schließlich nannten sich auch viele der ehemals sozialistischen Staaten Volksdemokratien. Was ist nun die Herrschaft des Volkes? Abraham Lincoln, kein Kommunist, sondern US-Präsident sagte 1863 schon etwas deutlicher, dass in einer Demokratie die Herrschaft aus dem Volk hervor gehe, durch das Volk und in seinem Interesse ausgeübt werde.

Demokratie zeige sich nicht nur daran, mit welchen Regeln Regierungen zustande kommen und wie weit politische und soziale Gleichheit und Freiheit verwirklicht sind, sondern auch, in wessen Interesse Herrschaft wahrgenommen wird.

Demokratie schafft die Grundlage für eine Vielfalt moderner politischer Ordnungen, deren gemeinsames Kennzeichen die Volkssouveränität und die Beschränkung politischer Herrschaft ist. Unsere repräsentative, parlamentarische Demokratie (das heißt, dass nach den Wahlen die Regierung und die Parlamentarier in eigener Verantwortung über den politischen Alltag entscheiden) ist weder das letzte Wort des Grundgesetzes noch der (Demokratie-)Geschichte. Sie ist zu verbessern durch Einführung von Elementen der direkten Demokratie und der besseren Kontrollmöglichkeiten.

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. Schon das Grundgesetz bestimmt, dass das »Volk« seine Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ausübt (Art.20 Abs. 2 GG). Volksabstimmungen durch die Einführung der Volksgesetzgebung sind möglich und erforderlich.

Zu einer funktionierenden Demokratie gehört für DIE LINKE. auch die staatliche Verantwortung und staatliche Bereitstellung der für ein menschenwürdiges Dasein notwendigen Güter und Leistungen - die öffentliche Daseinsvorsorge.

Für die Fraktion DIE LINKE ist Demokratie aktiver Schutz der Bürger- und Grundrechte. Beschränkt der Staat sie mit Gesetzen und anderen Maßnahmen, dann behindert er zugleich die Bevölkerung als Souverän (Inhaber der Staatsgewalt). Die Bevölkerung muss über ihre Daten frei verfügen können. „Wer nicht …überschauen kann, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden.“ (vgl. Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil, Az 1 BvR 209/83 u. a.).

Demokratie ist kein »fertiger« Zustand; Demokratie wird Tag für Tag von Bürgerinnen und Bürgern gelebt: auf allen Ebenen und in allen Bereichen - europäische, internationale wie kommunale Ebene bis hin zur Wirtschaft in der Kommune. Die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, die Politik über Wahlen hinaus auch direkt zu beeinflussen, müssen deshalb erweitert und auch auf Bundesebene gewährleistet werden.

Die Fraktion DIE LINKE. tritt für eine umfassende Demokratisierung aller Bereiche ein:

- Einführung von Volksinitiative und Volksbegehren auf Bundesebene
- Reformierung der öffentlichen Verwaltung hin zu einer bürgernahen Verwaltung
- Ausbau demokratischer Strukturen in Wirtschaft und Arbeitswelt
- Öffentliche Auseinandersetzung und Verantwortlichkeit der Bundesregierung für ihre Vorhaben und Maßnahmen
- Ausweitung des Petitionsrechts, Ergänzung der Bürgerbeteiligungsverfahren um innovative Formen wie Runde Tische, Bürgergutachten sowie Bürgerforen
- Transparente Strukturen der Medien und Kontrolle der Arbeit von Lobbygruppen
- Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters

Damit die Mehrheit wieder mehr hat!

Wohnen

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt im Landkreis ist eine Katastrophe! Es fehlen über 5000 Wohnungen, die Preise für Mieten und Baugrund steigen rasant. Besonders Menschen, die nicht am oberen Ende der Einkommensskala leben, werden gezwungen einen viel zu großen Teil des verfügbaren Einkommens für Wohnen, Heizen und Essen aufzuwenden. Da bleibt nicht mehr viel übrig, um Rücklagen zu bilden für eine kaputte Waschmaschine oder wenn das Auto in die Werkstatt muss. Die Möglichkeiten zur Teilhabe an unserer Gesellschaft werden dadurch eingeschränkt, das Vertrauen in unsere Demokratie wird beschädigt. Die Linke ist der Überzeugung, dass Existenzängste und Frustration, die durch krasse Wohnungsnot sowie Heiz- und Lebensmittelpreise entstehen, den Rechtsruck beschleunigen.

Stadtplanung

Die Linke fordert für alle Menschen erschwingliche Lebenshaltungskosten. Sowohl die Kosten für Wohnraumschöpfung, von Verkehrswegen und Infrastruktur als auch die Kosten für den Unterhalt müssen daher möglichst niedrig gehalten werden, indem die Stadtplanung konsequent und ressourceneffizient auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Lebensqualität ausgerichtet wird.

Mehrfamilienhäuser reduzieren nicht nur die Kosten pro m² für jeden Einwohner, sondern auch die Nebenkosten, insbesondere wenn man Wärmepumpen und Solaranlagen teilt. Eine hohe Einwohnerdichte führt zu kürzeren Straßen, Kanälen und Leitungen; zudem ermöglicht sie ein effizienteres Nahverkehrssystem mit schnelleren Verbindungen und dichteren Taktzeiten durch die Bündelung von Fahrgästen an gut erreichbaren Mobilitätsknotenpunkten.

Bei der Wohnraumschöpfung sollte daher der Schwerpunkt auf Nachverdichtung in bestehenden Siedlungsgebieten liegen: Nutzung von brachliegenden Baulücken und Konversionsflächen sowie Errichtung von mehrstöckigen Mehrfamilienhäusern.

Vorhandener Raum für Kleingewerbe oder Gastronomie im Erdgeschoss wertet das gesamte Viertel auf.

Wo möglich, sollten bestehende Gebäude aufgestockt werden. In vielen Fällen bietet sich aus ökologischer und ökonomischer Sicht Abriss und Neubau am besten mit Holz an, wenn dadurch eine größere Anzahl von Menschen dieselbe Fläche effizienter nutzen können.

Diese Forderungen sind längst gesetzlich im Regionalplan Südhessen und im Baugesetzbuch (BauGB §1) vorgegeben. Sie werden aber von den Kommunen im Landkreis ins Gegenteil verkehrt. Und eine Kontrolle seitens der Kreisbauaufsicht findet nicht statt. Die doppelte Moral der bisher gesetzgebenden Parteien wird lediglich bürokratisch durchgesetzt.

Grundstücksspekulation einen Riegel vorschieben

Benötigt eine Kommune neuen Wohnraum, wird normalerweise neues Bauland erschlossen, die Grundstücke verkauft und somit aus der Hand gegeben. Im günstigsten Fall wird dann gebaut, was aber selten zu bezahlbarem Wohnraum führt.

Im ungünstigen Fall liegen die Grundstücke brach, entweder weil jemand darauf spekuliert, dass die Enkel einmal dort bauen wollen, oder weil ein Investor darauf harrt, bis noch teurer gebaut oder weiterverkauft werden kann. Die Linke fordert: Bauland muss für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stehen! Vermittelst der Grundsteuer müssen Gemeinden die Attraktivität unbebauter Grundstücke verringern.

Wenn Baugrund veräußert wird, ist im Grundbuch einzutragen, dass innerhalb einer Frist zu bauen ist, sonst hat die Kommune das Recht, den Baugrund zum gleichen Preis wieder zurückzukaufen. Auf diese Weise wird Spekulation mit Grundstücken erschwert. Darmstadt-Dieburg soll sich ein Beispiel an Ulm nehmen, wo diese Praxis sich als sehr erfolgreich erwiesen hat.

Die bessere Alternative ist, wenn Kommunen neu geschaffenen Baugrund nicht veräußern, sondern in Erbpacht an gemeinwohlorientierte Gesellschaften oder an Genossenschaften vergeben. Auf diese Weise verhindern wir Spekulation und bewahren Gestaltungsspielräume für demokratische Entscheidungen.

Die Linke stellt fest, dass sich die Politik der Privatisierung von Baugrund nicht bewährt hat; deshalb ist eine ausreichende Masse an Grundstücken in kommunaler Hand zu halten. Um diesen Stock aufzubauen, soll das kommunale Vorkaufsrecht wieder zum Einsatz kommen. Erst auf diese Weise erhalten Gemeinden die vollständige Kontrolle über die Entwicklung und Nutzung von Baugrundstücken entsprechend ihren städtebaulichen Zielen; erst auf diese Weise lässt sich die Entwicklung neuer Baugebiete nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft und nicht nach Profit ausrichten - bezahlbarer Wohnraum, Kindertagesstätten, Schulen, Spielplätze, Einkaufsmöglichkeiten, hohe städtebauliche und ökologische Standards. Kommunales an der Daseinsvorsorge orientiertes Bodenmanagement.

Gemeinwohl statt Profit

Immobilieninvestoren erwerben oftmals Wohnungen, um damit zu spekulieren (Fix-and-Flip- / Buy-and-Hold-Strategie, zu Deutsch: "Kaufen, Renovieren, Verkaufen oder Behalten"). Auf dem Wohnungsmarkt sind Wohnungssuchende mit einem grundlegenden Wohnbedürfnis gezwungen, nicht allein untereinander, sondern zusätzlich mit finanziell gut ausgestatteten renditeorientierten Investoren zu konkurrieren. Das treibt die Preise für Wohnraum in die Höhe und führt zu Leerstand. Bei über 5000 fehlenden Wohnungen in Darmstadt-Dieburg stehen über 2700 Wohnungen leer! Diese Verschwendung zeigt anschaulich, dass der ungebremste Kapitalismus keine Lösungsansätze bietet, sondern Probleme noch zusätzlich verschärft.

Das Hessische Wohnraumschutzgesetz (WSchG) ist das zentrale landesrechtliche Instrument in Hessen, das den Kommunen ermöglicht, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken, indem es Zweckentfremdung reglementiert und die Wohnungsaufsicht regelt. Eine Zweckentfremdung liegt z.B. dann vor, wenn Wohnraum über einen längeren Zeitraum leer steht.

Obwohl das Hessische Wohnraumschutzgesetz landesweit gilt, liegt die konkrete Umsetzung und der Erlass einer detaillierten Zweckentfremdungssatzung in der Zuständigkeit der einzelnen Kommunen. Das Gesetz gibt den Kommunen ein Instrument an die Hand, eine Zweckentfremdungssatzung für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt zu erlassen. Bei Verstößen gegen die Zweckentfremdungssatzung auf der Grundlage des WSchG können Bußgelder verhängt werden; die eingenommenen Mittel sind zweckgebunden zur Förderung des Wohnungsbaus in der jeweiligen Gemeinde zu verwenden.

Die Linke tritt dem Leerstandsproblem entschieden entgegen. Die Linksfraktion im Hessischen Landtag hatte in der Vergangenheit bereits eigene Gesetzesentwürfe für ein Zweckentfremdungsverbot eingebracht und die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes immer wieder betont. Letztendlich waren auch die anderen Parteien nach anfänglichem Widerstand gezwungen, das Problem anzuerkennen.

Es handelt sich jedoch beim Landesgesetz in seiner jetzigen Form um ein Ermächtigungsgesetz ("Kann-Gesetz"). Wir treten für eine Gesetzesänderung ein, nach der das WSchG in anerkannten angespannten Gebieten **verpflichtend** anzuwenden ist. Dass dies notwendig ist, beweist die Tatsache, dass nach aktuellem Stand **keine einzige** Kommune mit angespanntem Wohnungsmarkt im Landkreis Darmstadt-Dieburg eine Zweckentfremdungssatzung auf der Grundlage des WSchG umgesetzt hat! Im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung fordern wir daher eine zügigere Umsetzung des Gesetzes auf kommunaler Ebene.

Als nach dem zweiten Weltkrieg Wohnungsnot herrschte, wurde günstiger Wohnraum in großem Stil durch gemeinnützige Wohnbaugesellschaften geschaffen. Diese Wohnungen wurden seit dem Jahr 2000 in großem Stil privatisiert und seitdem steigen die Wohnungspreise. In Österreich, wo heute noch der Anteil an gemeinnützigem Wohnraum viel höher ist als bei uns, sind auch die Wohnungspreise nicht so stark gestiegen. Warum also nicht zu den bewährten Rezepten zurückkehren? Die Linke Darmstadt-Dieburg fordert, gemeinsam mit den Kreiskommunen eine öffentliche kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen und die Gemeinden bei der Gründung eigener Wohnungsbaugesellschaften zu unterstützen, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu gewährleisten.

Bei der Vergabe von Bauland sind Bauträger ohne Profitabsicht (öffentliche Wohnungsbaugesellschaften / Genossenschaften) zu priorisieren.

Die Sozialbindung von Wohnraum ist eine Verpflichtung, die Eigentümer im Gegenzug für staatliche Fördermittel eingehen. Damit wird sichergestellt, dass Wohnraum preisgünstig für einkommensschwächere Haushalte zur Verfügung steht.

Die Miete ist gesetzlich begrenzt und orientiert sich nicht an der ortsüblichen Vergleichsmiete oder dem freien Markt, sondern ausschließlich an den tatsächlichen Kosten, die dem Vermieter entstehen (Mietpreisbindung).

Die Sozialbindung ist jedoch zeitlich befristet. Im Kreis Darmstadt-Dieburg gelten die landesweiten hessischen Regelungen zur Sozialbindung. Die Bindungszeiträume liegen zwischen 15 und 25 Jahren. Nach Ablauf des vertraglich festgelegten Bindungszeitraums endet die Sozialbindung automatisch. Für die betroffenen Wohnungen bedeutet dies einen Übergang in den freien Wohnungsmarkt, mit allen sich daraus ergebenden Beeinträchtigungen für die Mieter*innen.

Dauerhafte Sozialbindung ist ein zentraler Baustein unserer Wohnungsbaupolitik

---

Nachhaltiger Schutz vor Mieterhöhungen: Mieten bleiben dauerhaft an die Gestehungskosten gekoppelt.

Entkopplung vom spekulativen Immobilienmarkt: Der Spekulation mit Wohnimmobilien wird Einhalt geboten. Wohnraum ist ein Grundbedürfnis, kein Spekulationsobjekt!

Existenzielle Sicherheit für Mieter*innen: Mieter*innen müssen nicht befürchten, nach Ablauf einer Frist ihre Wohnung aufgrund drastischer Mieterhöhungen verlassen zu müssen.

Langfristige Planungssicherheit für Kommunen: Das größte Problem für Kommunen im derzeitigen System ist der Bestandsschwund. Jedes Jahr laufen Bindungen aus, und die Zahl der verfügbaren Sozialwohnungen sinkt kontinuierlich. Kommunen sind jedoch gesetzlich verpflichtet, für eine ausreichende Wohnraumversorgung ihrer Bürger zu sorgen, was aufgrund des ständigen Schwunds von Sozialwohnungen erschwert wird.

Stärkung des sozialen Zusammenhalts: Soziale Entmischung von Stadtteilen als Folge befristeter Sozialbindung untergräbt aktiv den gesellschaftlichen Zusammenhalt - fehlende Begegnungsräume und die zunehmend zutage tretende Ungleichheit führen zu Frustration und einem Gefühl der Ungerechtigkeit. Die räumliche Konzentration von Armut verringert die Bildungschancen und Zukunftsperspektiven der Bewohner*innen, was soziale Mobilität hemmt und gesellschaftliche Spaltung fördert.

Dämpfung des Mietspiegels: Ein großer, dauerhaft preisgebundener Wohnungsbestand wirkt auf den Mietspiegel stabilisierend, indem er das Angebot an günstigerem Wohnraum dauerhaft erhöht und dadurch die allgemeine Preisspirale im gesamten Wohnungsmarkt bremst.

Nachhaltiger Ansatz: Staatliche Fördermittel, die in den Bau fließen, sichern den sozialen Zweck dauerhaft. Im jetzigen System verpufft die Wirkung der Subventionen nach Fristablauf, da die Immobilien fortan Marktkonditionen unterliegen. Daher schafft jeder Euro an Steuergeldern, der in den sozialen Wohnungsbau fließt, einen dauerhaften sozialen Wert.

Wir fordern, dass Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften im Kreis Darmstadt-Dieburg Neubauprojekte grundsätzlich nur noch mit dauerhafter Sozialbindung realisieren.

Eine Gesetzesänderung auf Landesebene zur partiellen Abschaffung befristeter Sozialbindung ist möglich, denn Wohnraumförderung liegt in der Zuständigkeit der Länder. Jedoch zieht es die Landesregierung vor, die Augen vor der Dringlichkeit der Situation im Kreis zu verschließen. Die Kreise sind jedoch nicht schutzlos der Landesebene ausgeliefert! Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist eines von insgesamt 21 Mitgliedern des Hessischen Landkreistages (HLT), der kollektiven Vertretung der hessischen Landkreise. Im Rahmen dieser Interessenvertretung können wir uns für eine Gesetzesänderung auf Landesebene einsetzen. Zudem steht es Kreistagsabgeordneten im Kreistag frei, Resolutionen an die Landesregierung zu richten.

Sanieren

Mehr Menschen ziehen in die Städte, dadurch steigen die Preise für Wohnraum. Die derzeitigen Preissteigerungen in Darmstadt-Dieburg lassen sich aber nicht allein mit Zuzug erklären. Warum führen steigende Preise nicht zu einem Bauboom, der bezahlbaren Wohnraum schafft, wie es das kapitalistische Dogma der liberalen Parteien vorsieht? Sind daran wirklich nur Bürokratie und Klimaschutzauflagen schuld?

Für Die Linke ist klar: Teure Baustoffe, Fachkräftemangel und Spekulation mit Baugrund machen den Neubau teuer. Private Investoren handeln immer profitorientiert. All dies führt dazu, dass der Ansatz "*Bauen, bauen, bauen*" nicht zu bezahlbarem Wohnraum führt, sondern nur zu noch mehr Luxuswohnraum. Stattdessen fordern wir einen **Sanierungsturbo**: Wohnraum soll weder dem Leerstand preisgegeben noch luxussaniert werden, sondern gemeinwohlorientiert kostenverträglich energetisch saniert und wo möglich aufgestockt werden.

Der Fokus auf energetische Sanierung gegenüber dem Neubau von Luxuswohnungen bietet ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile:

Klimaschutz und Energieeffizienz: Energetische Sanierung senkt den Energiebedarf eines Gebäudes sofort und dauerhaft und vermeidet Graue Energie (CO_2-Bilanz).
Soziale Gerechtigkeit und Mieterschutz: Sanierung geht direkt auf die drängendsten sozialen Probleme im Wohnungsmarkt ein, während Luxus-Neubauten diese noch zusätzlich verschärfen. Gerade Geringverdiener*innen profitieren direkt von energetischen Sanierungen durch gesunkene Heizkosten.

Wohnungsmangel wird durch Bestandserhalt effektiv bekämpft. Durch den Erhalt bezahlbaren Wohnraums wird die Gentrifizierung effektiv verhindert.
Wirtschaftlichkeit und lokale Wertschöpfung: Sanierungsmaßnahmen werden in der Regel von lokalen Handwerksbetrieben umgesetzt. Dies sichert Arbeitsplätze vor Ort und stärkt die regionale Wirtschaft statt global agierender Bauträger für Luxusprojekte. Energieeffiziente Gebäude sind aufgrund ihrer größeren Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und steigenden Energiepreisen zukunftssicher und wertstabil. Lenkung des Kapitals in spekulative Luxusprojekte heizt den Wohnungsmarkt auf, dagegen schafft die Lenkung in die energetische Sanierung eine gesellschaftlich dringend benötigte Infrastruktur.

***Sanierungsturbo** für Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Stärkung des Bestandes und Schonung der Umwelt!*

Kommunales Vorkaufsrecht nutzen

Das Baugesetzbuch sieht vor, dass Kommunen unter bestimmten sehr eng gefassten Voraussetzungen bei einem privaten Grundstücksverkauf ein Vorkaufsrecht haben. Die Linke hat dies gerne genutzt, um zu verhindern, dass Häuser in Innenstadtlagen an Spekulanten fallen und so Mieter vor Entmietungen und Luxussanierungen zu schützen.
Diese Möglichkeit wurde vor Gericht gekippt. Die Linke fordert, das Baugesetz zu reformieren und wieder ein reales kommunales Vorkaufsrecht zu ermöglichen. Damit hätte man ein gutes Werkzeug, um Baugrund und existierenden Wohnraum, wo es notwendig ist, der Spekulation zu entziehen und zu entprivatisieren.

Mietendeckel statt Mieterhöhungsspiegel

Die Mieten sind auch in Darmstadt-Dieburg viel! zu! Hoch!
Die lasche Mietpreisbremse der Bundesregierung hat kaum etwas getan, um die Katastrophe abzumildern. Ob das etwas mit den großzügigen Spenden der Immobilienwirtschaft an die Parteien der Bundesregierung zu tun hat? Man weiß es nicht...
Ein einfacher Mietspiegel bildet die Neuvermietungen und Mieterhöhungen der letzten sechs Jahre ab. Da die Mieten in den letzten sechs Jahren in Darmstadt-Dieburg explodiert sind, entspricht dies nicht der ortsüblichen Miete aller bestehenden Mietverträge, sondern liegt weit darüber. In diesem angespannten Wohnungsmarkt kann ein Mietspiegel zur Grundlage für Mieterhöhungen werden - zum Mieterhöhungsspiegel.
Die Linke hat auf Bundesebene ein Konzept vorgestellt, um Mieten in angespannten Mietlagen dauerhaft wirksam einzufrieren und überhöhte Mieten auch wieder abzusenken: den bundesweiten Mietendeckel.

Der Mietendeckel hat drei Säulen:

1. Sofortiger Mietenstopp für die nächsten sechs Jahre
2. In Zukunft fließen alle Mieten in den Mietspiegel ein
3. Überhöhte Bestandsmieten werden auf einen ortsüblichen Wert gesenkt

Damit könnten die Kommunen des Kreises durch Einführung eines Mietspiegels tatsächlich einen positiven Einfluss auf die Mieten nehmen.

Realistische Mietobergrenzen für Bürgergeldempfänger

Unabhängig von der ortsüblichen Vergleichsmiete ermittelt das Jobcenter für Menschen im Bürgergeld Obergrenzen für angemessene Mieten. Da diese oft zu niedrig angesetzt werden, müssen Betroffene sich dann eine billigere Wohnung suchen, was meistens unmöglich ist. Diese Menschen müssen dann den Fehlbetrag aus dem Regelsatz aufbringen und sind im Extremfall gezwungen, beim Essen, bei Kleidung oder beim Schulausflug des Kindes zu sparen. Sie werden von der Gesellschaft brutal im Stich gelassen.
Die Linke fordert eine Anpassung der Mietobergrenzen an die realen Durchschnittsmieten im Landkreis.

Die Klemme auflösen

Mondpreise für Wohnraum treffen nicht nur Zugezogene, oder junge Menschen, die zum ersten Mal eine eigene Wohnung suchen. Auch junge Familien, die mehr Raum benötigen und Menschen, die irgendwann eine barrierefreie Wohnung oder eine andere Form des Zusammenlebens suchen, stellen fest: Durchschnittsverdienende können sich eine neue Wohnung kaum leisten!
Die einen werden also in zu kleinen, die anderen in zu großen Wohnungen oder Häusern "eingeschlossen", weil neue Mietverträge und Immobilien viel zu teuer sind.
Um diese Klemme aufzulösen, fordert DIE LINKE, günstigen Wohnraum mit weniger Quadratmetern zu schaffen, statt weiter teure Luxuswohnungen oder Einfamilienhäuser mit zu vielen Parkplätzen zu bauen.
Mit richtiger Nachverdichtung Wohnungen herstellen, statt weiter endlichen Grund und Boden unendlich zu verschwenden. Wir müssen effizient, also Dinge richtig bauen und suffizient, also die richtigen Dinge bauen.

Wie wollen wir wohnen?

- Zum Beispiel in mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern
- Mit Aufzug und barrierefrei
- Mit flexiblen Grundrissen
- Mit nachhaltigen Baustoffen, also Holz
- Mit begrünten Dächern
- Mit Photovoltaik und Wärmepumpe
- Gruppiert um Quartierplätze mit mehrgeschossigen Läden, Gaststätten, Medizinischer Versorgung, Pflegestützpunkten, Schulen, Kitas und Kulturstätten
- Mit Parks, Schwimmbädern und Sportplätzen
- Mit kurzen Wegen für Füße und Fahrräder
- Mit kürzeren Straßen, Kanälen, Strom- und Internetleitungen. Effizient in Bau und Unterhaltung
- Mit einer städtebaulichen Dichte, die europäischen Kleinstädten angemessen ist
- Mit getaktetem und elektrischem ÖPNV vernetzt
- Menschengerechtes Wohnen ist dann ganz von selbst generationenübergreifend und altengerecht

---

Also eigentlich so, wie im Regionalplan Südhessen und im Baugesetzbuch vorgesehen !

Endlich mal digitalisieren!

Die Kreisbauaufsicht ignoriert seit Jahren das Onlinezugangsgesetz (OZG) und verlangt immer noch Bauanträge x-fach auf Papier. Sie ist noch nicht mal in der Lage selbst das Papier auf Vorder- und Rückseite zu bedrucken.
Wir fordern endlich digitale Bauantragsverfahren nach OZG 2.0 mit bundesweiter OpenSource-Software.
Wie kann eine Behörde die Einhaltung von Gesetzen kontrollieren ohne sich selbst an Gesetze zu halten ?

Kommunen und Landkreis ausreichend finanzieren – Bedingungen für gute Arbeit schaffen

Der Kreis und seine Kommunen sind völlig unterfinanziert und stecken tief in der finanziellen Krise. Es waren nicht die Ausgabenkürzungen der vergangenen Haushaltskonsolidierungsprogramme, die viele Jahre in Folge einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht haben, sondern die Einnahmen durch die gute Wirtschaftslage und Krisenhilfen des Bundes. Die weltpolitischen Krisen und die verfehlte Steuer- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene haben nun bewirkt, dass den Landkreisen und Kommunen die Einnahmen fehlen, um das bisherige Niveau der kommunalen Leistungen und Investitionen zu finanzieren. Der Doppelhaushalt 2025/26 des Landkreises plant für beide Jahre mit einem Defizit von ca. 48 Mio. Euro bzw. ca. 66,5 Mio. Euro, obwohl bereits im Vorfeld in den direkt beeinflussbaren Bereichen gekürzt wurde. Insbesondere die mangelnde und in der Tendenz fallende Refinanzierung für gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen, wie z.B. Hilfe zur Pflege, Wiedereingliederungshilfen etc. durch den Bund sowie sinkende Schlüsselzuweisungen des Landes sind verantwortlich für das Defizit. Eine weitere Erhöhung der Kreis- und Schulumlage ist für die Kommunen nicht tragbar.

Die geplante Aufrüstungsorgie wird den Bundeshaushalt massiv belasten, so dass von dort anstelle der notwendigen Unterstützung eher noch Kürzungen zu Lasten der Kreise und Kommunen zu erwarten sind. Auf diese Weise kommen die außenpolitischen Richtungsentscheidungen und die damit verbundene Rüstungspolitik in den Kommunen und im Alltagsleben der Menschen an. Wir müssen leider damit rechnen, dass sich die Haushaltslage unseres Landkreises in den kommenden Jahren weiter verschärft. Wenn es, wie in den vergangenen beiden Jahren, in der Kommunalpolitik nur noch darum geht, wie man einen hochdefizitären Haushalt genehmigt bekommt, dann gibt es für neue Ideen und Vorschläge keinen Resonanzboden mehr. So wird die Demokratie ausgehöhlt und der Kampf gegen die gesellschaftliche Rechtsentwicklung geschwächt. Diese Entwicklung ist beängstigend.

Angesichts der wachsenden Armut und der bedrohlichen Rechtsentwicklung brauchen wir aber den Ausbau von Sozialleistungen, des geförderten Wohnungsbaus sowie von Zuschüssen für Kultur, Bildung und Freizeit. Wir brauchen Investitionen in die Energie- und Verkehrswende, in den Klimaschutz und in die Bildung. Dafür werden wir uns im Kreistag einsetzen. Alles andere wird uns und künftige Generationen teuer zu stehen kommen.

Man wird uns entgegnen, dass unsere Forderungen zwar wichtig, aber nicht finanzierbar seien. Doch die Haushaltskrise wird politisch erzeugt und zwar von den gleichen Parteien, die sich vor Ort über deren Folgen beklagen. Die Linke ist für diese Politik nicht verantwortlich. Deshalb werden wir als politische Opposition unsere Forderungen für einen sozialen, ökologischen und klimagerechten Landkreis nicht nach der kommunalen Kassenlage ausrichten.
Die Linke kämpft auf Bundesebene für sozial gerechte Steuerreformen, die

Reichtum und Profite stärker belasten. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und die Besteuerung von großen Erbschaften, Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen. Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickelt werden, die auch Freiberufler*innen wie Ärzt*innen und Anwält*innen einbezieht und die sich auf die Wertschöpfung in der Kommune (und nicht auf die Gewinne des Gesamtkonzerns) bezieht. Außerdem lehnt Die Linke die geplante massive Aufrüstung entschieden ab, die die Haushalte auf allen Ebenen extrem belasten wird. Auf dieser Basis wäre eine krisenfeste Finanzierung der Kommunen möglich. Ohne ein Umsteuern in der Steuerpolitik werden auch im Landkreis die beschlossenen Klimaziele nicht erreicht werden, wird die Verkehrswende stecken bleiben und die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum an Kapitalmangel scheitern.
Solange auf Bundesebene keine Mehrheiten für eine solidarische Steuerpolitik existieren, müsste im Landkreis ein Haushaltsdefizit hingenommen werden. Das ist keine verantwortungslose Politik – unverantwortlich ist vielmehr, den kommenden Generationen mangelhafte Bildung, eine sozial gespaltene Gesellschaft und ein rückständiges Verkehrssystem zu hinterlassen und sich um unseren Anteil zur Herstellung von Klimagerechtigkeit zu drücken. Wir wissen, dass dies im Gegensatz zur „Schuldenbremse“ steht. Deren Aufnahme in die hessische Verfassung im Jahre 2011 hatte Die Linke abgelehnt und sich an der Gegenkampagne beteiligt, denn es ist der Zweck der „Schuldenbremse“, weitere Sozialkürzungen zu legitimieren. Sie nimmt dem Landkreis die Entscheidungsfreiheit, in schwierigen Zeiten wichtige Investitionen und laufende Ausgaben aufrecht zu erhalten und ist daher undemokratisch und politisch wie ökonomisch unvernünftig. Obwohl die Kritik an der Schuldenbremse zunimmt, gibt es leider noch keine Mehrheit für ihre Abschaffung.
Die Linke fordert von der Bundes- und Landespolitik:

- Sozial gerechte Steuerreformen zur Verbesserung der kommunalen Steuereinnahmen
- Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt“) durch Land und Bund – vollständige Kostenübernahme aller Leistungen, mit denen die Landkreise und Kommunen beauftragt werden
- Wiederherstellung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts durch Abschaffung der Schuldenbremse

Gute Arbeit muss gut bezahlt werden Die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge soll für alle Betriebe und Beteiligungen des Kreises, auch bei sogenannten „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen gelten. Tarifbindung muss auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gelten. Hier sollten bei der Auftrags-Vergabe statt des Kriteriums des ‚günstigen Preises‘ vor allem gute Arbeitsbedingungen und strikte Tarifbindung sowie Gleichstellung und Ausbildungsplätze beachtet werden. Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund müssen durch reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzt werden. Ausbildungsplätze beim Kreis, seinen Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften sind zu erhalten und auszubauen. Wir erwarten gute Arbeitsbedingungen bei der Kreisverwaltung und den Einsatz von Personal dort, wo es notwendig ist. Überlastungsanzeigen müssen

immer ernst genommen und diesen nachgegangen werden, um zu verhindern, dass Mitarbeiter*innen zu Schaden kommen.

Umwelt und Klima

Unser Landkreis hat eine große Verantwortung: Wir müssen unsere Natur schützen, mit Energie sparsam umgehen und dafür sorgen, dass wir gut und gesund leben können. Als Linke wollen wir, dass der Landkreis mit gutem Beispiel vorangeht – sozial, ökologisch und demokratisch. Klimaschutz darf kein Luxus sein, sondern muss für alle Menschen funktionieren.

Wir wollen, dass der Landkreis seine Möglichkeiten voll nutzt – nicht irgendwann, sondern jetzt. Schulen und andere Gebäude des Kreises sollen ihren Strom und ihre Wärme möglichst selbst erzeugen, zum Beispiel mit Solaranlagen, Wärmepumpen und der Nutzung von Regenwasser. Alle Gebäude des Kreises sollen bis spätestens 2035 gut gedämmt und modernisiert werden, damit sie weniger Energie verbrauchen. Besonders wichtig sind dabei die Schulen. Außerdem sollen alle neuen Projekte im Kreis vorher darauf geprüft werden, ob sie dem Klima schaden oder helfen. Damit Klimaschutz klappt, braucht die Kreisverwaltung mehr Personal und Geld für diese Aufgaben. Wir wollen außerdem Energieprojekte fördern, an denen Bürgerinnen und Bürger selbst beteiligt sind – wie Solaranlagen von Energiegenossenschaften oder gemeinschaftliche Nahwärmenetze. Und: Wir wollen keine neuen Schulgebäude auf bisher unbebauten Flächen, wie es bei der Alfred-Delp-Schule in Dieburg geplant war.

Auch beim Thema Boden, Wasser und Abfall trägt der Kreis Verantwortung. Wir wollen, dass mehr Müll wiederverwendet und recycelt wird und dass Kompost- und Biogasanlagen ausgebaut werden. So entsteht weniger Abfall, und wir können gleichzeitig Energie aus organischen Reststoffen gewinnen. Abfall und Wasser gehören zur Grundversorgung – sie dürfen nicht privatisiert werden. Der Kreis muss außerdem den Flächenverbrauch eindämmen, also dafür sorgen, dass nicht immer mehr Boden versiegelt wird. In Zusammenarbeit mit den Wasserverbänden soll das Trinkwasser geschützt werden.

Für Landwirtschaft und Ernährung wollen wir stärker auf Regionalität und biologische Produktion setzen. Betriebe sollen dabei unterstützt werden, direkt zu verkaufen oder auf ökologische Landwirtschaft umzusteigen. Kreisflächen sollen nur an Höfe verpachtet werden, die fair und umweltfreundlich arbeiten. In Schulen und Mensen sollen mehr regionale Bioprodukte genutzt werden. Außerdem unterstützen wir solidarische Landwirtschaft und Ernährungsräte, die Menschen und Bauernhöfe zusammenbringen. Auf kreiseigenen Flächen sollen keine Pestizide eingesetzt werden, und auch die Städte und Gemeinden sollen auf pestizidfreie Wege unterstützt werden.

Zusätzlich wollen wir einen Klimarat einrichten. Dort sollen Bürgerinnen und Bürger, junge Menschen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Umweltverbände gemeinsam beraten, wie der Landkreis klimafreundlicher werden kann. Entscheidungen über Energie- und Bauprojekte müssen transparent sein, damit alle verstehen, was geplant wird und warum. Die Jugend soll bei Klima- und Umweltpolitik viel stärker einbezogen werden, weil ihre Zukunft davon abhängt.

Außerdem wollen wir mehr Grünflächen, Bäume und schattige Orte in den Städten und Gemeinden. Das verbessert nicht nur das Klima, sondern auch die

Lebensqualität. Und natürlich müssen wir den CO_2-Ausstoß verringern – durch besseren öffentlichen Nahverkehr, sichere Radwege und gute Wege für Fußgänger*innen.

Tierschutz in unserer Kommune – Verantwortung übernehmen für alle Lebewesen

Tiere sind fühlende Lebewesen, deren Schutz ein Maßstab für die ethische Verantwortung unserer Gesellschaft ist. Eine Kommune, die Tiere respektiert und ihre Lebensräume erhält, sendet ein klares Signal für Mitgefühl, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung. Von der Ernährung über die Landwirtschaft bis hin zu Wildtieren, Stadttauben und Versuchstieren – wir setzen uns dafür ein, dass die Kommune aktiv Tierwohl fördert, Ausbeutung verhindert und transparente, gerechte Regeln etabliert. Nur so kann ein Miteinander entstehen, das Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen berücksichtigt.

Stadttauben schützen statt verdrängen

Die Situation der Stadttauben wird häufig mit Verboten und Vertreibungen beantwortet – das führt zu Tierleid, Müllsuche und unhygienischen Zuständen. Dabei sind Tauben keine „Schädlinge“, sondern Nachfahren domestizierter Haustiere, für deren Wohlergehen wir Verantwortung tragen. Ein tierschutzgerechtes Konzept kann sowohl den Tieren als auch der Stadthygiene helfen.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert:

- Flächendeckender Ausbau betreuter Taubenschläge zur tierschutzgerechten Populationskontrolle (Eieraustausch gegen Attrappen) und für eine bessere Stadthygiene
- Kontrollierte, artgerechte Fütterungskonzepte statt pauschaler Fütterungsverbote
- Mehr Wasserstellen für Vögel und Wildtiere, besonders in heißen Sommermonaten
- Ein klares Verbot von Taubenrennen und Trainingsflügen – mit Initiativen auf Landes- und Bundesebene

Für eine tierausbeutungsfreie Landwirtschaft – auch auf kommunaler Ebene

Tierhaltung und Schlachtung bedeuten Leid, Ausbeutung und Umweltzerstörung. Kommunen können hier klare Zeichen setzen, indem sie keine Unterstützung für tierhaltende Betriebe leisten und stattdessen den Wandel zu einer pflanzlichen, nachhaltigen Landwirtschaft fördern. So entsteht eine Politik, die Tierwohl, Klimaschutz und soziale Verantwortung verbindet.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert:

- Keine kommunalen Förderungen, Flächenvergaben oder Subventionen für tierhaltende bzw. tierausbeutende Betriebe; klare Ablehnung neuer Mast- und Schlachtanlagen

- Regelmäßige und unangekündigte Kontrollen aller Tierhaltungsbetriebe durch das Veterinäramt sowie ein öffentlich zugängliches Register dokumentierter Verstöße
- Eine klare kommunale Positionierung gegen die grausame CO_2-Betäubung in Schlachtbetrieben, auch gegenüber Land und Bund
- Kommunale Förderprogramme für Landwirt*innen, die aus der Tierhaltung aussteigen und auf pflanzliche Produktion umstellen – z. B. nach dem Vorbild „TransFARMation“

Kommunale Ernährung: pflanzlich, gesund, gerecht

Eine zukunftsfähige Ernährung ist pflanzlich: Sie schützt Klima und Umwelt, ist gesund und vermeidet Tierleid. Kommunen haben eine wichtige Rolle, um diesen Wandel zu unterstützen – durch ihre Einrichtungen, Flächenvergaben und Veranstaltungen. Mit klaren Regeln und Förderungen kann eine gerechte und nachhaltige Ernährung für alle gestärkt werden.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert:

- Pflanzliche Ernährung als Standard in Kitas, Schulen, öffentlichen Kantinen und bei städtischen Veranstaltungen
- Bevorzugte Flächenvergabe für rein pflanzliche Gastronomiebetriebe
- Mindestens 50 % pflanzliche Essensstände auf allen städtischen Veranstaltungen
- Ein Verbot von Werbung für Tierprodukte im öffentlichen Raum – analog zu Tabak oder Glücksspiel

Unterstützung für pflanzliche „Küchen für alle“ (KüFas)

„Küchen für alle“ sind Orte der Begegnung, Solidarität und Teilhabe. Sie bieten kostenlose oder spendenbasierte Mahlzeiten, stärken den sozialen Zusammenhalt und vermitteln Wissen über pflanzliche Ernährung. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und einer gesunden Esskultur – und verdienen gezielte kommunale Unterstützung.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert:

- In jedem Stadtteil mindestens einen geeigneten Raum für regelmäßige KüFas (in kleineren Orten ggf. eine zentrale KüFa)
- Einfache, kostenfreie bzw. kostengünstige Raumbuchungen ohne hohe Nebenkosten
- Aufbau einer mobilen KüFa-Infrastruktur (z. B. Foodtrucks)
- Gezielte Förderung veganer KüFa-Initiativen
- Koch- und Bildungsangebote zu pflanzlicher Ernährung

- Regelmäßige Workshops an Schulen und Universitäten zu gesunder, pflanzlicher Ernährung
- Einrichtung kommunaler Ansprechpartner*innen für KüFa-Projekte
- Eine „KüFa-Karte“ auf der städtischen Webseite mit Übersicht aller Angebote

Katzenschutzverordnung

Freilebende, sogenannte „verwilderte“ Hauskatzen gehören vielerorts zum Stadtbild. Ihr Leben ist jedoch oft geprägt von Hunger, Krankheiten, Verletzungen und einem frühen Tod. Ursache ist meist die unkontrollierte Vermehrung nicht kastrierter Tiere, die ursprünglich ausgesetzt oder entlaufen sind. Hier muss der Kreistag aktiv werden. Eine Katzenschutzverordnung nach § 13b Tierschutzgesetz (sofern noch nicht vorhanden) ist ein wirksames Instrument.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert:

1. Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht
   - Alle Katzen mit regelmäßigem Zugang ins Freie müssen verpflichtend kastriert, mit Mikrochip gekennzeichnet und in einem Register (z. B. TASSO, FINDEFIX) eingetragen werden
   - So wird unkontrollierte Fortpflanzung verhindert und entlaufene Tiere können ihren Halter*innen zugeordnet werden
2. Unterstützung von Kastrationsaktionen
   - Jährliche Kastrationsaktionen für freilebende Katzen in Kooperation mit Tierschutzorganisationen, Tierärzt*innen und Ehrenamtlichen
   - Finanzierung oder Zuschüsse durch den Kreistag
   - Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten
   - Öffentlichkeitsarbeit zur Information über Ablauf und Notwendigkeit
3. Betreute Futterstellen einrichten
   - Genehmigung und Unterstützung kontrollierter Futterstellen für kastrierte Katzen
   - Bereitstellung geeigneter Flächen durch die Kommune
   - Unterstützung bei Hygiene, Aufklärung und Koordination durch Tierschutzvereine oder Ehrenamtliche
4. Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit
   - Bereitstellung von Infomaterialien (auch mehrsprachig)
   - Einbindung von Schulen und Kitas in Tierschutzbildung
   - Direkte Ansprache von Halter*innen, z. B. durch Infopost in betroffenen Gebieten

Warum das wichtig ist:

- Tierschutz: Kastration verhindert Leid, Krankheiten und unkontrollierte Fortpflanzung
- Artenschutz: Freilebende Katzen stellen in großer Zahl eine Gefahr für Vögel und Kleintiere dar
- Verantwortung: Auch Halter*innen werden in die Pflicht genommen
- Kosten: Prävention ist langfristig günstiger als die Versorgung unkontrolliert wachsender Populationen

---

*Zahlreiche Städte wie Frankfurt, Wiesbaden oder Kassel haben Katzenschutzverordnungen eingeführt – **mit nachweisbarem Erfolg**.*

Wildtiere, Insekten & Lebensräume schützen

Das Artensterben betrifft auch Städte und Gemeinden: Insekten, Vögel und viele andere Wildtiere verlieren zunehmend ihre Lebensräume. Das hat gravierende Folgen für Ökosysteme, Landwirtschaft und Klima. Kommunen können aktiv Gegenmaßnahmen ergreifen und so eine lebensfreundliche Stadt gestalten, in der Mensch und Natur im Gleichgewicht leben.

Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg setzt sich für starken Arten- und Tierschutz ein. Wildbienen und andere Insekten brauchen dringend mehr Lebensräume. Deshalb sollen im ganzen Landkreis insektenfreundliche Grünflächen entstehen – mit Wildblumenwiesen, regionalem Saatgut und Mähplänen, die Rückzugsorte erhalten. Auch private Gärten und Balkone sollen naturnäher werden. Dafür möchte der Kreis Beratungen, Pflanzaktionen, Saatgutverteilung oder Wettbewerbe wie „Der insektenfreundlichste Balkon“ anbieten. Auf kommunalen Flächen – also in Schulen, Kitas, Parks und auf Friedhöfen – sollen keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel mehr verwendet werden. Zusätzlich sollen Nisthilfen wie Sandflächen, Lehmwände oder Totholz geschaffen werden, damit Wildbienen und andere Arten geeignete Brutplätze finden.

Damit Lebensräume erhalten bleiben, sollen in den Wäldern mehr Totholz liegen bleiben, da es für viele Insekten, Vögel und Fledermäuse wichtig ist. Hecken und Gebüsche sollen nicht aus optischen Gründen entfernt, sondern gepflegt und ergänzt werden. Auch brachliegende und unversiegelte Flächen müssen geschützt und naturnah weiterentwickelt werden. Wichtig ist auch der Schutz nachtaktiver Wildtiere: Die Straßen- und Außenbeleuchtung soll tierfreundlich gestaltet werden – mit warmem Licht, Bewegungsmeldern und teilweise abgeschalteten Lampen zu bestimmten Zeiten.

Außerdem sollen in Parks, auf Schulhöfen und an öffentlichen Gebäuden dauerhafte Wasserstellen eingerichtet werden, damit Vögel, Igel und Insekten genug zu trinken finden. Bürgerinnen und Bürger sollen ermutigt werden, auch selbst kleine Wasserquellen auf Balkonen oder im Garten bereitzustellen. Und damit Natur überhaupt Platz hat, müssen unnötige Versiegelungen gestoppt werden. Der Landkreis soll Programme fördern, die Böden wieder entsiegeln und stattdessen mehr begrünte und artenreiche Flächen schaffen.

Versuchstiere

Tierversuche sind mit massivem Leid für die betroffenen Tiere verbunden: Sie werden in Labors unter Zwang gehalten, für Experimente missbraucht und meist am Ende getötet. Diese Praxis ist nicht nur ethisch nicht vertretbar, sondern oft auch wissenschaftlich fragwürdig, da Ergebnisse aus Tierversuchen nicht zuverlässig auf den Menschen übertragbar sind.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg spricht sich klar gegen Tierversuche aus. Auch auf kommunaler Ebene können wir Einfluss nehmen, indem wir keine Unterstützung für Unternehmen leisten, die auf Tierversuche setzen, und stattdessen klare Zeichen für eine tierversuchsfreie Forschung setzen.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert::

- Keine kommunalen Subventionen oder Kooperationen mit Unternehmen, die Tierversuche durchführen
- Klare Deklarationen und Transparenz über den Einsatz von Tierversuchen in Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg
- Politische Initiativen zur Einschränkung und Abschaffung von Tierversuchen auf Landes- und Bundesebene
- Gezielte Förderung von tierfreien Forschungsmethoden und Alternativen (z. B. moderne In-vitro-Technologien, Computersimulationen, Organoide)
- Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die sich für tierversuchsfreie Wissenschaft einsetzen

Tiertransporte

Tiertransporte reduzieren – Transparenz schaffen
Tiertransporte sind mit enormem Leid für die Tiere verbunden: Enge, Hitze, Durst, Verletzungen und Todesfälle sind keine Ausnahme, sondern Alltag. Ob quer durch Hessen, ins europäische Ausland oder noch weiter – Transporte dienen allein ökonomischen Interessen und stellen eine der brutalsten Formen der industriellen Tierausbeutung dar. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Tieren bedeutet, diese Praxis so weit wie möglich zu reduzieren und transparent zu machen.
Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert deshalb klare Regeln für Tiertransporte und eine konsequente kommunale Kontrolle. Gleichzeitig braucht es umfassende Transparenz, damit Missstände öffentlich sichtbar und politisch veränderbar werden.

Der Kreisverband Darmstadt-Dieburg fordert:

- Deutliche Reduktion von Tiertransporten im Landkreis Darmstadt-Dieburg
- Strenge Kontrollen durch das Veterinäramt – unangekündigt und engmaschig
- Öffentlich zugängliche Register über alle Tiertransporte im Kreisverband Darmstadt-Dieburg inkl. Ziel, Dauer und Tierzahl
- Aufbau eines digitalen Trackingsystems, das Transporte in Echtzeit dokumentiert und Missstände sichtbar macht
- Politische Initiativen, um Tiertransporte grundsätzlich einzuschränken und langfristig zu beenden

Fazit: Tierschutz ist kommunale Verantwortung
Tierschutz ist keine Nebensache, sondern ein zentraler Bestandteil einer zukunftsfähigen und ethisch verantwortlichen Kommune. Durch gezielte Maßnahmen – von Katzenschutzverordnungen über tierversuchsfreie Forschung bis hin zu naturnahen Lebensräumen – können Städte und Gemeinden ein Vorbild für verantwortungsbewusstes Handeln sein. Transparenz, Prävention und Förderung tierfreundlicher Initiativen sorgen nicht nur für das Wohl der Tiere, sondern stärken auch die Lebensqualität für alle Bürger*innen. Mit diesen Maßnahmen wird Tierschutz im Landkreis Darmstadt-Dieburg erlebbar, wirksam und dauerhaft.

Solidarische Gesellschaft

Armut ist kein naturgegebenes Übel, das man einfach dulden muss – sie ist **das Ergebnis politischer Entscheidungen** und wirtschaftlicher Strukturen, die **wenige bevorteilen und viele benachteiligen**. Für uns als Linke ist klar: Armut wird nicht nur zugelassen, sie wird in einem ungerechten System bewusst in Kauf genommen. **Wir akzeptieren das nicht**. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen, klein gehalten oder entwürdigt wird. Armut darf nicht verwaltet werden – sie muss **überwunden** werden.

Soziale Teilhabe und Unterstützung für alle

Menschen mit wenig Geld sollen ganz normal am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können – ohne ständig auf ihr Geld achten zu müssen. In Schulen, Kitas und in der Kinder- und Jugendarbeit sollen alle Angebote kostenlos oder sehr günstig und ohne Benachteiligung für Familien mit wenig Einkommen zugänglich sein.
Dafür soll es eine Teilhabekarte geben. Mit dieser Karte können Vergünstigungen in allen Städten und Gemeinden im Kreis genutzt werden. Außerdem soll sie kostenlose oder günstige Monatskarten für Bus und Bahn ermöglichen.
Armut muss mit allen Mitteln bekämpft werden – damit sie verhindert, gelindert und langfristig abgeschafft wird.
Kinder und Jugendliche brauchen gute Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote, die kostenlos oder sehr günstig sind.
Alleinerziehende brauchen besonders gute Unterstützung: durch zuverlässige Kinderbetreuung, gute Beratung und ein starkes soziales Umfeld. Nur so können sie Arbeit und Familie gut verbinden.
Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben wenig Geld, weil sie oft schlecht bezahlte Arbeit haben und hohe Mieten zahlen müssen. Hier müssen der Kreis und die Kommunen aktiv gegen Diskriminierung vorgehen.
Viele ältere Menschen, besonders Frauen, bekommen eine zu niedrige Rente. Oft schämen sie sich, Hilfe zu beantragen. Darum ist es wichtig, den Mindestlohn für alle zu erhöhen und für gerechte Löhne zu sorgen.
In Notlagen muss es ein starkes soziales Netz geben. Es braucht:

- Sichere Sozialleistungen
- Bezahlbare Wohnungen
- Kostenlose oder günstige Mobilität
- Zugang zu Kultur und gesellschaftlichem Leben

Familien brauchen mehr Unterstützung. Sie stehen oft allein da – bei der Erziehung der Kinder, der Unterstützung von Jugendlichen oder bei der Pflege von Angehörigen. Deshalb braucht es viele Hilfsangebote, zum Beispiel:

- Beratung
- Praktische Hilfe

- Elternkurse

Diese Unterstützung soll helfen, aber nicht bevormunden. Das Jugendamt braucht **mehr Personal und mehr Geld vom Land**, damit jede Familie gut betreut werden kann. Auch Jugendliche über 18 Jahre sollen weiter Unterstützung bekommen können.

Kinder- und Jugendrechte stärken

Kinder- und Jugendrechte sollen im Kreis einen hohen Stellenwert haben.
Alle Kinder und Jugendlichen sollen ihre Rechte kennen und wissen, wie sie diese nutzen können. Das soll:

- in Schulen
- in der Jugendarbeit
- und schon in Kitas vermittelt werden

In der Verwaltung soll es Ansprechpersonen geben, an die sich Kinder und Jugendliche wenden können – zum Beispiel bei Problemen in der Familie, in der Schule, in der Freizeit, bei Gewalt oder im Gesundheitsbereich.

Kostenfreie Bildung und mehr Kita-Plätze

Langfristig sollen in Bildungseinrichtungen alle Materialien, das Mittagessen und die Fahrkosten kostenlos sein. Auch die frühkindliche Bildung in Kitas soll keine Kosten mehr für Eltern verursachen.
Die Kosten für Kinderbetreuung sollen vom Bund und vom Land übernommen werden, nicht von den Kommunen. Derzeit tragen die Kommunen in Hessen noch den größten Teil dieser Kosten – das ist unfair.
Alle Kinder sollen ab dem ersten Lebensjahr einen Platz in einer guten, öffentlichen Kita bekommen können. Dafür braucht es viel mehr Kita-Plätze, denn aktuell bekommen manche Kinder erst sehr spät einen Platz.
Um die souveräne Entscheidungsfreiheit von Familien zu stärken, muss Eltern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Kinder auch über das erste Lebensjahr hinaus bis zum dritten Geburtstag selbst zu betreuen, ohne dabei in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Ein Schlüssel hierfür liegt in der Einführung eines flexiblen Elterngeld-Modells.
Konkret schlagen wir vor, das Basiselterngeld von aktuell einem Jahr auf bis zu drei Jahre zu erweitern. Dies würde es Eltern ermöglichen, Betreuung und Berufsleben besser an ihre individuellen familiären Bedürfnisse anzupassen. Eine eigenständige, einkommensunabhängige Komponente in dieser erweiterten Phase – ein fester Satz für alle – würde zudem die Wahlfreiheit insbesondere für Familien mit geringerem Einkommen entscheidend erhöhen.
Eine solche Stärkung der elterlichen Betreuung würde zugleich zu einer spürbaren Entlastung des Kita-Systems beitragen. Der dadurch entstehende Raum könnte für einen qualitativen Ausbau genutzt werden, von dem letztlich alle Kinder und Familien profitieren. Die qualitative und quantitative Ausstattung der frühkindlichen Bildung

muss den inhaltlichen Anforderungen folgen. Das bedeutet, es werden mehr Erzieher*innen für kleinere Gruppen gebraucht. Die Gruppengröße sollte sich an der Untersuchung des Kinderbetreuungsnetzwerks der Europäischen Union orientieren, das bedeutet Gruppengrößen von maximal 15 Kindern für die 3- bis 6-Jährigen und ein Betreuungsschlüssel von 6-8 Kindern pro Fachkraft.
Auch über das Fachkraft-Kind-Verhältnis in der U3-Betreuung muss gesprochen werden. Aktuell liegt es rechnerisch bei einer Fachkraft für vier Kinder. Bei dieser Berechnung werden jedoch wichtige Faktoren wie Vor- und Nachbereitungszeiten, Elterngespräche, Teamzeiten, Fortbildungen etc. nicht berücksichtigt. In der Praxis sieht die Situation dadurch ganz anders aus.
Wir fordern, dass dies berücksichtigt wird und das Fachkraft-Kind-Verhältnis entsprechend angepasst wird. Fachkräfte müssen ausgebildet und gut bezahlt werden. Der Kreis muss sich gemeinsam mit den Kommunen für eine Aufwertung der Erziehungsberufe stark machen, denn wir brauchen dringend mehr Plätze für die sogenannte **„Praxisintegrierte vergütete Ausbildung“** – kurz **PivA** – für Erzieherinnen und Erzieher. Sie vereint, was viele am Erzieherberuf bemängeln: nämlich die konkrete Verbindung von Theorie und Praxis. Außerdem erhalten Auszubildende im Gegensatz zur vollzeitschulischen Ausbildung von Anfang an eine Vergütung.

Gutes Leben für Geflüchtete

Geflüchtete Menschen sollen im Kreis Darmstadt-Dieburg in normalen Wohnungen leben. So können sie schnell Kontakt mit ihren Nachbarinnen und Nachbarn bekommen.
Wenn wegen Wohnungsmangel Gemeinschaftsunterkünfte nötig sind, sollen diese klein bleiben und gut in die Nachbarschaft passen.
Geflüchtete brauchen:

- Ehrenamtliche Hilfe
- Professionelle Beratung zu sozialen und rechtlichen Fragen
- Eine gute medizinische Versorgung

In Unterkünften soll mindestens eine Betreuungsperson für 60 Menschen da sein. Zusätzlich braucht es psychosoziale Beratung und Verfahrensberatung (z. B. zu Asylverfahren).

Wenn Geflüchtete Geld verdienen und in Unterkünften wohnen, müssen sie oft sehr hohe Gebühren zahlen. Das ist unzumutbar und muss geändert werden.

Bessere Informationen und Sprachhilfen
Alle sozialen und kommunalen Angebote müssen verständlich erklärt werden.
Es soll einen Wegweiser in einfacher Sprache und in mehreren Sprachen geben.
Für wichtige Termine braucht es kostenlose Dolmetscherinnen und Dolmetscher – besonders für Menschen mit wenig Geld. Nur so ist ein gleicher Zugang zu Sozialleistungen, Bildung und Gesundheit möglich.

Jugend endlich ernst nehmen

Viele Kinder und Jugendliche im Kreis leben in Armut. Sie bekommen staatliche Hilfe. Das hat schwere Folgen:

- Schlechte Wohnungen
- fehlende Computer oder Tablets für die Schule
- Probleme beim Lernen zu Hause
- oft keine Erwachsenen, die bei Hausaufgaben helfen können
- schlechtere Ernährung
- schlechtere Gesundheit
- weniger Zugang zu Freizeitangeboten
- Ausgrenzung in Schule und Freizeit

Das ist nicht akzeptabel!
Darum fordern wir:

- Schwimmbäder und kostenlose Sportplätze müssen erhalten bleiben oder neu gebaut werden
- Freizeit- und Sportangebote müssen für alle erreichbar sein
- Öffentliche Orte müssen barrierefrei sein (z. B. Gehwege, Bushaltestellen)
- Kinder und Jugendliche sollen Bus und Bahn kostenlos nutzen können.
- Kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen soll Standard werden.
- Inklusion in Schulen muss richtig funktionieren. Dafür braucht jede Klasse:
- zusätzliches Fachpersonal
- extra Räume für differenzierten Unterricht

Freiräume für Jugendliche

Jugendliche brauchen Orte zum Treffen, zum Feiern und zur Freizeit.
Heute werden sie oft verdrängt, weil es Probleme mit Behörden, Naturschutz oder Sicherheit gibt.
Kreis und Kommunen sollen gemeinsam mit Jugendlichen Lösungen finden, damit sie ihre Freizeit selbstbestimmt gestalten können – sicher und im Einklang mit der Natur.
Dazu gehören auch kulturelle Angebote.

Minderheiten haben das Recht auf Gleichstellung

Leider sind Minderheiten ein viel zu oft vernachlässigter und vergessener Teil unserer Gesellschaft.
Sie finden sich in allen sozialen Schichten, werden aber bewusst- oder unbewusst

nicht immer als solche wahrgenommen.
Dazu gehören:

- Menschen mit Migrationshintergrund
- Menschen mit wenig Geld
- Arbeitslose Menschen
- Obdachlose Menschen
- Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen
- Queere Menschen
- Ethische und religiöse Minderheiten

Ihnen allen ist gemein, dass sie in ihrem alltäglichen Leben oftmals **ohne** eigenes Verschulden, Diskriminierung, Benachteiligung sowie Ausgrenzung und Ungerechtigkeit erfahren.

Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung

Barrierefreiheit bedeutet:
Alle Menschen sollen überall selbstständig mitwirken können.
Barrierefreiheit hilft nicht nur Menschen mit Behinderungen – sie hilft allen.
Der Kreis soll gemeinsam mit den Gemeinden einen Plan für barrierefreie Wege erstellen, zum Beispiel für:

- Bushaltestellen
- Kreuzungen
- Gehwege
- öffentliche Gebäude

Wichtig ist auch:

- Behörden müssen für Menschen mit Hör- oder Sprachbehinderungen erreichbar sein
- Informationen sollen in leichter Sprache vorliegen
- Internetseiten sollen barrierefrei sein
- Menschen mit Beeinträchtigungen sollen gleichberechtigt arbeiten können – auch in politischen Gremien

Außerdem brauchen Menschen mit Beeinträchtigungen mehr Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt.
Auch Integrationsbetriebe sollen weiter ausgebaut werden.

Es gibt keine „Behinderten“.
Es gibt Menschen mit Beeinträchtigungen, die durch Barrieren behindert werden.

Ehrenamt braucht Hauptamt, moderne Ausstattung für Feuerwehr und Hilfsorganisationen

Ohne Ehrenamtliche würde in unserem Kreis vieles nicht funktionieren. Vereine, Feuerwehr, Rettungsdienste, soziale Einrichtungen und die Jugendarbeit sind auf freiwillige Hilfe angewiesen. Ehrenamtliche müssen von ihren Arbeitgebern besser freigestellt werden, besonders bei wichtigen Aufgaben wie Feuerwehr, Rettungsdiensten oder politischem Engagement. Niemand soll Geld verlieren, nur weil er oder sie sich für andere einsetzt. Fahrtkosten und zusätzlicher Aufwand müssen ausgeglichen werden.
Ehrenamt darf aber keine professionelle Arbeit ersetzen. Es braucht feste Strukturen, Unterstützung, Beratung und einen klaren rechtlichen Rahmen. Ehrenamt soll immer eine Ergänzung sein, keine Notlösung für fehlende Fachkräfte.

Für eine demokratische Gesellschaft gegen Rechts und gegen Rassismus

Rassismus und rechte Gewalt sind in den letzten Jahren stärker geworden. Es gab schwere Taten wie den Mord an Walter Lübcke oder die Anschläge in Halle und Hanau. Viele Menschen mit Migrationshintergrund erleben fast täglich Beleidigungen, Ausgrenzung oder sogar körperliche Gewalt. Das ist nicht hinnehmbar.

Rassismus darf niemals verharmlost werden. Rechte Straftaten müssen konsequent angezeigt und verfolgt werden. Wir stehen für ein respektvolles, solidarisches und demokratisches Zusammenleben. Durch Dialog sollen Vorurteile abgebaut werden. Gemeinsam mit Initiativen und Netzwerken müssen wir klar zeigen: Rechtsextremismus hat hier keinen Platz. Auch Gedenkorte für die Opfer des Faschismus sind wichtig, damit wir erinnern und daraus lernen. Nie wieder darf Faschismus Macht bekommen.

Zusammen mit der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen gilt es, gegen Nazis und rechtsextreme Gruppierungen aktiv zu werden. Diese müssen merken, dass sie im Kreis Darmstadt-Dieburg keinen Fuß auf den Boden bekommen. Dafür brauchen wir viele Initiativen, um Rassismus frühzeitig zu erkennen und ihn zu bekämpfen, wir brauchen Anlaufstellen gegen Diskriminierung sowie zivilgesellschaftliche Empörung, wenn sich faschistische und rassistische Parteien und Gruppen in der Öffentlichkeit treffen.

Das Vertrauen vieler eingewanderter Menschen in die Polizei, die für die Sicherheit und den Schutz aller da sein sollte, ist erschüttert. Gerade jüngere Männer, die von der Gesellschaft als nicht-weiß (people of color) angesehen werden, erleben ständige Kontrollen und Durchsuchungen durch die Polizei (racial profiling). Es werden Hinweise auf Straftaten gesucht, die oft genug überhaupt nicht vorhanden sind. Damit soll einer Statistik genüge getan werden, die nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun hat. Wenn Menschen aber ständig drangsaliert werden, führt zu dies zu Traumatisierungen, die entweder zu einer Selbstschädigung oder zu Fremdaggressivität führen. Dieses Herangehen der Polizei, besonders gefördert von Beamten mit rechter Gesinnung, muss im Interesse eines friedlichen Miteinanders dringend gestoppt werden. Ein wichtiger Bestandteil dieser Auseinandersetzung ist der Einsatz für geflüchtete Menschen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass mehr Menschen konkret im Kreis aufgenommen werden, ob von den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln oder aus den Herkunftsländern. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass Flüchtlinge nicht abgeschoben werden. Wenn ein Vater von zwei kleinen Kindern jetzt schon Jahre in Pakistan warten muss, weil es immer noch nicht möglich war, ihm nach der Abschiebung eine Rückkehr zu ermöglichen, dann ist damit das Recht auf ein Familienleben und damit das Grundgesetz verletzt. Die Ausländerbehörde des Kreises Darmstadt-Dieburg soll sich zu einer Willkommensbehörde für alle Eingewanderten entwickeln, diese kompetent und zuvorkommend beraten und unterstützen, sodass kurzfristig ein fester Aufenthaltstitel oder eine Einbürgerung möglich sind.

Unser Stadtbild ist BUNT!

Wir stehen ein für Frieden und Solidarität

Als LINKE sind wir Teil der Friedensbewegung. Frieden und Abrüstung sind notwendig, damit unser Kreis im Interesse der Menschen weiterentwickelt werden kann, die hier leben und arbeiten. Deshalb sind wir gegen Aufrüstung und internationale Kriegseinsätze der Bundeswehr. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in unserem Kreis. Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung haben bei der Arbeitsberatung in Schulen und Jobcentern nichts zu suchen.

Die Zukunft der Welt erfordert internationale Solidarität, um dauerhaft Abrüstung und Frieden zu verwirklichen. Neue Waffen und Rüstungsexporte erhöhen die Gefahr neuer Kriege. Wertvolle Ressourcen werden verschwendet, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden - für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Auf- und Hochrüstung gehen zulasten notwendiger Investitionen in Kitas und Schulen, in bezahlbaren Wohnraum, öffentliche Infrastruktur, mehr soziale Sicherheit, Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft. Hier vor Ort und weltweit.

Kriege und Naturzerstörung sind die Hauptursachen für Flucht und Vertreibung. Dagegen sind auch in unserem Kreis solidarische Initiativen zu fördern und zu entwickeln.

Das NATO-Ziel, 5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für militärische Zwecke auszugeben (2025: ≙über 200 Milliarden Euro!), wird die Handlungsfähigkeit der Kommunen beeinträchtigen, da sie in Sachen Bildung, Infrastruktur, soziale Leistungen und Klimaschutz oftmals auf kofinanzierte Programme oder Zuweisungen des Bundes angewiesen sind.

Die Rüstungsindustrie konkurriert mit anderen Branchen und dem öffentlichen Dienst um Fachkräfte, was den Mangel an qualifiziertem Personal in den Kommunen weiter verschärfen wird.

Zudem wirken sich Änderungen im Bundeshaushalt indirekt auf die Dynamik des Länderfinanzausgleichs aus (Vertikaler Finanzausgleich), was wiederum die Finanzlage einzelner Kommunen beeinträchtigt.

Somit sehen viele Kommunen Kürzungen und einem verschärften Wettbewerb um Ressourcen entgegen.

Notwendig ist eine solidarische internationale Zusammenarbeit gegen nationalistische Politik und profitorientierte Wirtschaft. Solidarische Hilfe in Entwicklungs- und Krisengebieten muss weiterentwickelt und selbstverständlich werden. Kooperationen und internationale Begegnungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik müssen gefördert werden.
Ohne Frieden und internationale Solidarität hat unser Kreis und die Welt keine Zukunft!

Nein zur Bezahlkarte

Eine Bezahlkarte für Geflüchtete verletzt das grundlegende Recht eines Menschen auf Selbstbestimmung. Sie wirkt diskriminierend und kann für die Betroffenen zu demütigenden Erfahrungen führen. Darüber hinaus verletzt ein Bargeldentzug die Menschenwürde.

Die nun beschlossenen angeblichen Standards der Bezahlkarte sind keine Standards, sondern lediglich der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Bundesländer einigen konnten. Auf dieser Grundlage können die einzelnen Länder die Karte mit technischen Nutzungseinschränkungen versehen, müssen dies aber nicht.

Klar ist: Je mehr Beschränkungen auf der Bezahlkarte sind, desto drastischer greifen die staatlichen Maßnahmen in das Alltagsleben und die persönliche Freiheit der Betroffenen ein. Bei der Verhinderung von Überweisungen scheinen sich die Länder bereits auf die restriktivste Linie festgelegt zu haben. Fraglich ist noch, wie es um den Datenschutz der Karte und insbesondere um den Schutz vor Missbrauch der

Daten und der Zugriffsmöglichkeiten durch die Behörden aussehen wird.

Die Bezahlkarte ist nicht mit einem Bankkonto verknüpft, eine Überweisungsmöglichkeit soll explizit ausgeschlossen sein. Überweisungen sind heutzutage aber unentbehrlich – etwa für einen Handyvertrag, für den Abschluss einer Haftpflichtversicherung oder manche kleine Einkäufe im Internet. Geflüchtete müssen insbesondere die Raten für ihre dringend benötigten Rechtsbeistände per Überweisung bezahlen können.

Nicht alle Anwält*innen verfügen über ein Debitkartenterminal. Und dass die Geflüchteten jeden Monat zur Abbuchung oder zur Barzahlung zu ihrem Rechtsbeistand reisen, ist aufwendig und kostet wiederum Geld.
Ohne Überweisungsmöglichkeit werden Geflüchtete aus einem wichtigen Bereich des Lebens ausgegrenzt und ihrer Selbständigkeit beraubt.

Die Länder haben sich nicht einmal auf einen relevanten Mindestbetrag verständigt, der von den Betroffenen in bar abgehoben werden kann. Wer in Deutschland ohne Bargeld lebt und nur wenige Dinge in bestimmten Läden kaufen kann, verliert an Selbstbestimmung und macht demütigende Erfahrungen, etwa wenn der Euro für die öffentliche Toilette oder der Beitrag für die Klassenkasse fehlt. Beim Gemeindefest oder in der Schulcaféteria kann man mit der Bezahlkarte nichts kaufen.
Im Sozialrecht ist anerkannt, dass Menschen selbstständig wirtschaften und selbst entscheiden sollen, welchen Teil ihres Geldes sie wofür ausgeben. Eine Beschränkung des Bargeldbetrags schränkt die Verfügungsgewalt der Menschen über die selbstständige Gestaltung ihres Lebens ein. Letztlich greift ein Bargeldentzug in Verbindung mit einer beschränkten Zahlmöglichkeit der Geldkarte die Menschenwürde der Betroffenen an.

Die Bezahlkarte kann so eingestellt werden, dass sie nur innerhalb eines bestimmten Postleitzahlenbereichs funktioniert. Die regionale Einschränkung der Karte stellt offenkundig den Versuch dar, die Freizügigkeit der Betroffenen durch die Hintertür zu beschränken: Wer Verwandte oder Freund*innen besucht oder einen weiter entfernten Facharzt oder eine Beratungsstelle aufsuchen möchte, kann in ernste Schwierigkeiten geraten, wenn er*sie nicht einmal eine Flasche Wasser kaufen kann.

Für den Landkreis selbst bedeutet das außerdem noch Kartengebühren sowie einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Hohe Kosten für nichts wo sonst jeder Cent aufgrund der angespannten Finanzlage zweimal umgedreht wird.

---

*Die Linke lehnt die Einführung von Bezahlkarten für Migrant*innen daher entschieden ab!*

Gesundheit & Pflege

Pflege

Pflege geht uns alle an. Viele Menschen sind schon heute auf diese angewiesen und fast alle von uns werden später auf die eine oder andere Art und Weise Pflege und Unterstützung benötigen. DIE LINKE will eine Pflege, in der die pflegebedürftige Person im Mittelpunkt steht. Ihre Zufriedenheit und ihr Bedarf sind ausschlaggebend. Wir wollen eine Pflege, die es Beschäftigten möglich macht, langfristig und mit hoher Arbeitszufriedenheit im Beruf tätig zu sein und von ihrem Einkommen gut leben zu können, ohne Altersarmut befürchten zu müssen. Wir wollen eine häusliche Pflege, die für die privaten Pflegepersonen zeitlich und finanziell mit beruflicher Tätigkeit und anderen Aufgaben vereinbar ist. Wir wollen eine Infrastruktur, die es Menschen ermöglicht, so lange wie sie selbst wollen, in ihrer Wohnung und in der gewohnten Umgebung zu leben. (Langzeit-)Pflege muss für alle finanzierbar und zugänglich sein.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg gibt es 41 ambulante Pflegedienste und 28 stationäre Pflegeeinrichtungen mit 2.258 Plätzen. Nur 14 Prozent der Pflegebedürftigen, die Leistungen aus der Sozialen Pflegeversicherung erhalten, lebt in stationären Pflegeeinrichtungen. Im Vergleich zum hessischen Durchschnitt gibt es im Kreis deutlich weniger Pflegebedürftige je 1.000 Einwohner/innen und entsprechend weniger stationäre Plätze je 1.000 über 65jährige Einwohner/innen als in anderen Regionen des Bundeslandes. Der Auslastungsgrad der stationären Plätze ist allerdings vergleichsweise hoch. Die Hauptlast der Sorge- bzw. Pflegearbeit wird von Angehörigen zu Hause geleistet.
Die demografische Entwicklung führt bei gleichbleibender Versorgungsquote zu einem Anstieg an Pflegebedürftigen in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen. Bis zum Jahr 2035 wird für den Landkreis ein Anstieg um 44 Prozent, bis 2040 ein Anstieg um 68 Prozent vorausberechnet. Der prognostizierte Anstieg im Kreis liegt deutlich über dem hessischen Landesdurchschnitt.
Um die steigende Zahl älterer pflegebedürftiger Personen zu versorgen, bedarf es mehr Pflegefachkräfte in den Einrichtungen (Erweiterungsbedarf). Andererseits wird ein beträchtlicher Teil der derzeit noch tätigen Pflegefachkräfte altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden (Ersatzbedarf). Im Vergleich zu 2021 ergibt dies bis 2035 einen zusätzlichen Bedarf von 87% (Hessendurchschnitt 76%) Pflegefachkräfte.
Die demografische Entwicklung geht auch im Krankenhaussektor bei gleichbleibender Versorgungsquote mit einem Erweiterungsbedarf einher. Zudem wird ein beträchtlicher Teil der derzeit noch tätigen Pflegefachkräfte altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden (Ersatzbedarf). Der altersbedingte Ersatzbedarf übersteigt den Erweiterungsbedarf deutlich.
Der bereits bestehende Pflegenotstand wird sich weiter verschärfen, die derzeitigen Ausbildungskapazitäten im Landkreis sind viel zu gering um den Bedarf zu decken. Der gesamte Pflegebereich ist massiv auf Zuwanderung und Integration angewiesen. Hier könnte der Landkreis zukünftig direkt unterstützen.

Bereits jetzt gibt es schon gravierende Versorgungslücken im stationären und ambulanten Bereich, vielfach werden Anfragen abgelehnt, da keine Kapazitäten mehr zur Verfügung stehen.
Ein großes Problem ist auch die Mobilität. Ohne Angehörige ist es für viele alte Menschen schwer, zum Arzt oder Therapeuten zu kommen. Hier könnten Projekte wie Midkom in Ober-Ramstadt o.ä. sinnvoll sein und entsprechend ausgebaut werden.

Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung als Bürgerversicherung wird seit Jahren verschleppt. Dies führt für Pflegebedürftige und deren Familien immer häufiger in die Sozialhilfe und zu Altersarmut. So muss bereits jetzt über ein Drittel der Heimbewohnerinnen im Landkreis wegen steigender Eigenanteile die sogenannte „Hilfe zur Pflege“ beim Landkreis beantragen, Tendenz steigend. Für den Landkreis betrug die Steigerung bei der Hilfe zur Pflege von 2023 auf 2024 19,2 Prozent, das sind Mehrausgaben von ca. 1,5 Millionen Euro.
Die Altenhilfeplanung des Landkreises muss zusammen mit den Kommunen eine entscheidende Rolle spielen, wenn es um gute Pflege vor Ort geht. Leider ist in vielen hessischen Kommunen die Altenhilfe aber nur eine Randnotiz, seitdem sämtliche öffentliche Einrichtungen privatisiert oder an frei-gemeinnützige Träger abgegeben wurden.

Wir brauchen deshalb einen gesetzlich fixierten Paradigmenwechsel hin zu einer kommunalen Aufgabe Pflege, die zusammen mit dem Landkreis koordiniert wird, steuert und auch selbst Angebote bereithält. Dafür müssen die Kommunen mit der Sicherung der ambulanten und stationären Pflege und Betreuung beauftragt und ausreichend finanziell ausgestattet werden. Als erster Schritt müssen die Pflegestützpunkte und das Angebot der Gemeindepflege ausgebaut werden. Sie sollen neben aufsuchender Beratung und quartiersbezogener Arbeit gemeinsam mit den örtlichen Seniorenbeiräten, Beratungseinrichtungen und der kommunalen Altenhilfeplanung die Pflegesituation vor Ort analysieren, Schwachstellen identifizieren und Angebote ausbauen. Die zusätzlichen Angebote sollen bevorzugt in kommunaler Trägerschaft entstehen, um diese Leerstelle auszugleichen. Im Rahmen einer kommunalen Aufgabe Pflege können und sollen – vergleichbar zu den Kitas – freie und gemeinnützige Träger im Rahmen der Bedarfsplanung berücksichtigt und beauftragt werden.
Private Trägerschaft soll im ambulanten wie stationären Pflegebereich schrittweise zurückgedrängt werden. Dies gilt insbesondere für renditeorientierte Unternehmen. Auch wenn die Leistungen aus der Pflegeversicherung stammen, sind weitere finanzielle Mittel für die Kommunen für ein solches Unterfangen erforderlich.
Um diese abzusichern, muss die Erhaltung sozialer Infrastruktur kommunale Pflichtaufgabe und mit entsprechenden Landesmitteln sowie einem Qualitätsrahmen verbunden werden.Aufbauend auf den bereits bestehenden Ansätzen im Landkreis wie das Projekt „SoWirt´s“, benötigen wir einen zusammen mit den oben genannten Akteuren zu entwickelnden „Aktionsplan Pflege“ zur zukünftigen Sicherung der Pflege im Landkreis.

Gesundheit

Ein großer Teil der Hausärzte im Landkreis Darmstadt-Dieburg befindet sich bereits in einem höheren Alter: 31,2 Prozent der Praktizierenden sind bereits mindestens 61 Jahre alt. Darunter sind 27,2 Prozent im Alter von 61 bis 70 Jahren und 4 Prozent sogar schon über 70 Jahre alt. Die große Zahl älterer Hausärzte zeigt, dass in den nächsten Jahren ein hoher Nachfolgebedarf aus Altersgründen bestehen wird.
Schon bis zum Jahr 2030 errechnet die Kassenärztliche Vereinigung Hessen einen Nachfolgebedarf für 26 Prozent der Hausarztstellen im Landkreis Darmstadt-Dieburg, der bis zum Jahr 2035 bereits auf 38 Prozent steigen soll.
Der fiktive Versorgungsgrad liegt derzeit bei 89,6%., d.h. schon jetzt sind in manchen Kommunen nicht alle notwendigen Stellen besetzt und die Suche nach Hausärzten gestaltet sich äußerst schwierig.
Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Fachärzten. Vielfach sind zudem lange Wartezeiten und die zunehmende Weigerung Kassenpatienten zu versorgen bzw. eine Hinwendung zu Privatpatienten festzustellen.

Das vom Kreistag 2017 beschlossene Versorgungskonzept 2025 muss dringend evaluiert und aktualisiert werden. Dem eigenen Anspruch von der Entwicklung fach-, berufs- und sektorübergreifende Strukturen zu etablieren und ein Mehr an Prävention und Gesundheitsförderung zu entwickeln muss entschiedener nachgekommen werden.
Die mittlerweile sechs Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sind entsprechend dem Bedarf in weiteren Kommunen auszubauen.
Bestehende Programme zur Förderung der Niederlassung von Mediziner*innen sind zu prüfen und ggf. anzupassen bzw. zu erweitern
Die Nutzung von Telemedizin und der Aufbau von mobilen Arztpraxen ist gezielt auszubauen.
Die Prävention und Gesundheitsförderung müssen in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Vereinen und Krankenkassen gezielt auf- und ausgebaut werden. Dazu gehören z.B. der Aufbau von Gesundheitskiosken oder Bürgergesundheitszentren, die Förderung von Präventionskursen (Sport, Ernährung, psychische Gesundheit), die Einrichtung von Outdoor-Fitnessbereichen und Bewegungswegen welche Barrierearm und Inklusiv gestaltet werden.
Die „Gemeindepflege“ als niederschwelliges präventives, beratendes Angebot muss mit Unterstützung des Kreises flächendeckend in den Kommunen etabliert werden. Hier ist vor allem das Land gefordert, dies finanziell dauerhaft abzusichern. (Siehe auch www.openpetition.de/gemeindepflege)
Bund und Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten den finanziellen Spielraum aller Krankenhäuser in Deutschland eingeschränkt. Gedeckelte Budgets, pauschalisierte Leistungsvergütung sowie ein riesiger Investitionsstau haben dafür gesorgt, dass der Kosten- und Wettbewerbsdruck zugenommen hat. Der Personalmangel ist enorm, teils aufgrund fehlender Stellen, aber auch aufgrund des Fachkräftemangels, der sich aus den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen ergibt. Dies wirkt sich auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg auf die Versorgungsqualität der Patient*innen aus.

Die Linke fordert auf Bundesebene die vollständige Abschaffung des

Fallpauschalen-Systems zugunsten einer bedarfsorientierten Vergütung durch die Krankenkassen. Um den Investitionsstau aufzulösen braucht es ausreichende Investitionen des Landes Hessen in die Krankenhäuser im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Krankenhausfinanzierung. Stattdessen weigert sich das Land, seinen gesetzlich vorgesehenen Pflichten nachzukommen, so dass unsere Kreiskliniken ihre Investitionen entgegen der üblichen Praxis aus laufenden Einnahmen zu decken gezwungen sind.

Die Kreiskliniken sind auch zukünftig weiter in kommunaler Trägerschaft zu führen und entsprechend den Bedarfen der Bevölkerung weiterzuentwickeln.

In der Vergangenheit wurden verschiedene Bereiche ausgegliedert, um eine Bezahlung nach dem Tarif des
öffentlichen Dienstes zu vermeiden. Dies ist nach unserem Verständnis nicht weiter hinnehmbar! Wir fordern die Anwendung des TVÖD in allen Arbeitsbereichen.

Das alte Bettenhaus in der Kreisklinik Groß-Umstadt steht leer und verursacht tagtäglich Unterhaltskosten. Hier muss zeitnah ein tragfähiges Konzept zur Weiternutzung entwickelt werden. Dabei sind insbesondere Lösungen zum Umbau in Wohnungen, z.B. auch für die Beschäftigten der Kreisklinik, zu prüfen.

Das Zentrum für Postbariatrische Chirurgie und Ästhetik (Schönheitschirurgie) auf Schloss Heiligenberg wurde Ende 2021 eröffnet; seitdem fährt die Klinik für den Kreis große Verluste ein, statt zu einer besseren Gesundheitsversorgung beizutragen. Trotz der negativen Bilanz hält der Kreistag Darmstadt-Dieburg an der Klinik fest, in der verzweifelten Erwartung, dass sie doch noch Profite abwerfen wird.

Wir werden analysieren, ob eine Profitabilität in naher Zukunft absehbar ist. Wenn dies nicht der Fall ist, werden wir alternative Nutzungsmöglichkeiten für die Klinik prüfen, insbesondere die Ausweitung auf andere medizinische Bereiche, die nicht reine Prestigeträchtige private Schönheitsleistungen sind, sondern einen größeren Nutzen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung bieten.

Unser Ziel besteht darin, dass öffentliche Mittel effizient und sinnvoll eingesetzt werden, um die Gesundheitsversorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen und dass öffentliche Einrichtungen sinnvoll genutzt werden, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu stärken. Wir setzen auf eine Gesundheitsversorgung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Prestigeprojekten.

Mobilität und Nahverkehr:

Ein zentrales Anliegen der LINKEN ist das Gewährleisten von erschwinglicher und zuverlässiger Mobilität für alle BürgerInnen. Dabei stehen wir alle durch die Versäumnisse und das Desinteresse der Regierungen auf Kreis- und Bundesebene vor großen Herausforderungen. Die Infrastruktur des Straßen- und des Schienenverkehrs wurde jahrzehntelang vernachlässigt und Investitionen sind lange überfällig.
Während das Autofahren immer teurer wird, mangelt es vielerorts an Alternativen, da Schienenverkehr und Fahrradwege oft völlig fehlen und Busverbindungen meistens unregelmäßig, langsam und unzuverlässig sind. Währenddessen ersticken die Innenstädte unter dem Autoverkehr und es mangelt an Parkfläche. Damit die Transformation zu einer klimafreundlichen und sozial gerechten Mobilität gelingen kann, müssen auch auf Kreisebene konsquent Prioritäten zugunsten von attraktiven Alternativen zum Auto gesetzt werden.

Ausbau des ÖPNVs

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein wichtiger Bestandteil unserer Infrastruktur und ein wichtiger Faktor für die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir als Die LINKE halten eine kostenlose Nutzung des ÖPNV-Angbots für sinnvoll. Ein gut ausgebauter und kostenloser ÖPNV hilft dabei, den CO2 Ausstoß durch den motorisierten Individualverkehr zu verringern und ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen einen einfachen Zugang zu Mobilität. Wichtig ist uns deshalb auch, dass die Barrierefreiheit an möglichst allen Haltestellen und in allen Fahrzeugen bestmöglich gewährleistet wird.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist Darmstadt zwar meist besser erreichbar, aber die Verbindungen zwischen den anderen Ortschaften und Städten sind oftmals unzureichend und nur über große Umwege möglich.
Als Die LINKE sehen wir hier einen dringenden Handlungsbedarf. Wir fordern den Ausbau des DaDi-Liners, um die Mobilität im ÖPNV im Kreis zu verbessern. Durch eine bessere Vernetzung der Ortschaften und Städte im Landkreis können wir die Abhängigkeit vom Auto reduzieren und den ÖPNV zu einer attraktiven Alternative machen.
Im westlichen Teil des Landkreises setzt sich DIE LINKE für eine bessere ÖPNV-Verbindung zwischen Weiterstadt, Griesheim und Pfungstadt ein. Die aktuell über Darmstadt laufenden Verbindungen sind unpraktisch und schaffen falsche Anreize für kurze Strecken auf motorisierten Individualverkehr zurückzugreifen. Zu diesem Zweck soll eine Busverbindung zwischen Weiterstadt, Griesheim und Pfungstadt aufgebaut und der DaDi-Liner diesem Gebiet wieder eingeführt werden. Zudem soll, das in der Machbarkeitsstudie von 2023 untersuchte Vorhaben, die Griesheimer Straßenbahn westwärts in Richtung Riedstadt zu erweitern, umgesetzt werden. Die Studie kommt zu einem positiven Ergebnis bezüglich der Machbarkeit und des Kosten-Nutzen-Faktors des Ausbaus, weshalb Die LINKE dieses Vorhaben in die Tat umsetzen möchte.

Die Anbindung an die Städte und Ortschaften im Südosten des Landkreises lässt derzeit ebenfalls zu wünschen übrig. Die LINKE unterstützt daher die Forderung nach einer Reaktivierung der Gersprenztalbahn - des "Odenwälder Lieschens".

Fuß- und Fahrradverkehr

Fahrradfahren stellt eine klimafreundliche, effiziente und kostengünstige Fortbewegungsmöglichkeit für jede Altersgruppe dar. Kinder fahren jeden Morgen in Scharen mit dem Rad in die Schule, Pendler nutzen Fahrräder um zur Arbeit zu fahren, und dank E-Bikes können ältere Menschen mobil bleiben und dabei durch Bewegung etwas Gutes für ihre Gesundheit tun.

Leider sind die Bedingungen für FahrradfahreInnen aufgrund der auto-zentrischen Straßenplanung ("autogerechte Stadt") oft gefährlich, was sich auch darin widerspiegelt, dass jeder sechste Verkehrstote eine fahrradfahrende Person ist. Besonders betroffen sind Kinder und Menschen im Alter über 65 Jahren. Oft fehlen in den Städten und Ortschaften geschützte Fahrradwege auf den Hauptstraßen wodurch es häufig zu gefährlichen Konfrontationen mit dem Autoverkehr kommt. Sowohl in den Städten als auch auf den Verbindungsstraßen müssen abgesetzte Radwege (Radwege, die durch eine Barriere vom Autoverkehr getrennt sind) errichtet werden, um diese Gruppe der Verkehrsteilnehmenden zu schützen. Aufgemalte Fahrradstreifen reichen dabei leider nicht aus und werden häufig von Autos überfahren oder durch parkende Autos blockiert. Des Weiteren sollen mehr Verkehrsberuhige Bereiche und ein Absenken der Geschwindigkeitsbegrenzung für Autos für noch mehr Sicherheit im Straßenverkehr sorgen.
Um das Fahrradfahren attraktiver zu gestalten möchte Die LINKE dafür sorgen, dass zudem auch ausreichend sichere und möglichst überdachte Fahrradständer in Reichweite von Attraktionspunkten vorhanden sind.

Ebenfalls sollen FußgängerInnen bei der Straßenplanung stärker berücksichtigt werden. Oft sind Gehwege zu schmal, um von Personen mit Kinderwägen, Rollatoren oder Rollstühlen sicher beschritten werden zu können und steile Bordsteinkanten sowie Schlaglöcher erschweren einen barrierefreien Fußverkehr.

Schulen und Bildung

Mehr politische Bildung und Medienkompetenz in den Lehrplan

Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche, insbesondere die unserer Kinder und Jugendlichen. Soziale Medien bieten immense Chancen für Information, Vernetzung und Identitätsbildung, bergen jedoch auch erhebliche Risiken: Cybermobbing, Hasskampagnen, Verschwörungserzählungen machen vor den Schultoren nicht halt; gleichzeitig sind die dringend erforderlichen Präventions- und Interventionstrukturen auf kommunaler Ebene oft unzureichend.
Durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) wird es zunehmend leichter, Falschinformationen glaubhaft zu vermitteln. Die Algorithmen der sozialen Medien sorgen oft dafür, dass nur noch bestimmte Posts angezeigt werden, was zu einer Filterblase führen kann.
Wir erleben einen besorgniserregenden "Strukturwandel der Öffentlichkeit" (Jürgen Habermas) und auf diese Herausforderung muss die Gesellschaft eine Antwort finden. Die sozialen Medien untergraben den rationalen, kritischen Diskurs. Um dem entgegenzuwirken, setzen wir statt auf vereinzelte unzureichende Maßnahmen auf einen umfassenden Ansatz, der auf Medienkompetenz als Schlüssel für Demokratie und soziale Gerechtigkeit abzielt. Eine emanzipierte, mündige, selbstermächtigte Bürgerschaft ist der Grundpfeiler einer lebendigen Zivilgesellschaft und eines gegen autoritäre Tendenzen resilienten Gemeinwesens.

Gesellschaftskritik als Praxis: Einsicht in gesellschaftliche Widersprüche entsteht nicht passiv, sondern durch aktive, praktische Auseinandersetzung mit diesen Widersprüchen, die auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse abzielt. Der kapitalistische Staat übt kulturelle Hegemonie durch die freiwillige Zustimmung der Beherrschten, deren Weltanschauung durch Schulen und Medien geformt wird. Hier gilt es, die herrschende Ideologie zu demaskieren, damit das Klassenbewusstsein sich entfalten kann. Unser Ziel ist die Bildung einer Klasse "für sich", einer Klasse als politischem Subjekt, die sich ihrer gemeinsamen Interessen bewusst ist.
Strukturierte Prävention: Medienkompetenz ist als dauerhafte Aufgabe in der schulischen Bildung zu verankern.
Jugendmedienschutz: Es bedarf kompetenter Medienpädagog*innen an Schulen, die Schülerinnen und Schüler begleiten und Eltern in Fragen der Nutzung von sozialen Medien beratend zur Seite stehen.
Deshalb fordern wir die hessische Landesregierung dazu auf, Medienkompetenz in den Lehrplan aufzunehmen. Dies soll Schülerinnen und Schülern die Fähigkeiten vermitteln, digitale Medien kritisch zu bewerten, sich sicher im Internet zu bewegen und verantwortungsvoll mit sozialen Netzwerken umzugehen.
Durch die Integration von Medienkompetenz in den Lehrplan können wir sicherstellen, dass unsere Kinder und Jugendlichen auf die Herausforderungen der digitalen Welt vorbereitet werden und zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen. Wir setzen uns dafür ein, dass die hessische Landesregierung entsprechende Maßnahmen ergreift, um die Medienkompetenz von Schülerinnen

und Schülern zu fördern und sie zu befähigen, in der digitalen Welt selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu handeln.
Mit der Zuspitzung des politischen Klimas und dem massiven Rechtsruck nehmen auch rechtsextreme Gesinnungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen immer weiter zu. Demokratie- und menschenfeindliche Positionen werden durch die sozialen Medien an diese Zielgruppe herangebracht. Neben der Stärkung der Medienkompetenz setzt sich DIE LINKE für eine kompetente politische Bildung an Schulen ein. Die Gefahren des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit und des Antisemitismus müssen sowohl stärker im Unterricht als auch in der Sozialpädagogie im Fokus stehen, um einer Radikalisierung in jungen Jahren vorzubeugen.

Nicht alles wird auf der Landesebene entschieden - die Kreise nehmen folgende in diesem Kontext relevante Schulträgeraufgaben wahr:

- Digitale Infrastruktur und Endgeräte als technische Voraussetzung für digitale Bildung und sichere Nutzung
- Finanzierung und Steuerung der Schulsozialarbeit (Beratung, Prävention, Intervention, Vernetzung mit außerschulischen Partnern)
- Zusätzliche Investitionen in Prävention und Bildung, die über das vom Land vorgegebene Minimum hinausgehen
- Kreis als Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendamt): Dem Kreis steht es frei, eine zentrale Koordinations- bzw. Beratungsstelle für Medienpädagogik und Jugendschutz einzurichten oder bestehende Strukturen (z.B. bei der Jugendförderung) entsprechend zu erweitern
- Außerschulische Kooperation: Der Kreis kann die Vernetzung zwischen Schulen, den Jugendkoordinator*innen der Polizei, Beratungsstellen und externen Experten aktiv fördern und finanziell unterstützen
- Lokale Programme: die Kreisverwaltung ist eine zentrale Entscheidungs- und Koordinierungsinstanz für Präventionskampagnen und Informationsveranstaltungen im gesamten Kreisgebiet

Man kann also auf der Kreisebene sehr wohl vieles bewirken, wenn man vorhandene Zuständigkeiten nutzt! Ja, Kommunen und Kreise in Hessen sind stark von Zuweisungen des Landes abhängig, aber sie haben auch eigene Einnahmen und vor allem Gestaltungsfreiheit bei der Ausgabenpriorisierung. Zudem stehen Gelder für Förderprogramme des Landes bereit, es mangelt jedoch oftmals am politischen Willen der Verwaltung, diese auch wirklich abzurufen. An dieser Stelle kann die Linke im Kreistag ansetzen und mit politischen Beschlüssen Druck auf die Verwaltung ausüben.

Wir wissen, dass die Kreise eine enge Finanzdecke haben. Für eine Altschuldenlösung und generell eine nachhaltige Finanzierung der Kommunen setzen sich unsere Abgeordneten im Bundestag ein. Unsere Aufgabe auf der Kreisebene besteht darin, sicherzustellen, dass die bereitgestellten Gelder in gemeinwohlorientierte Projekte wie die umfassende medienpädagogische

Versorgung fließen.

Schulentwicklungsplan

Nach 13 Jahren ist es endlich gelungen, einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan für die Berufsbildenden Schulen in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg zu verabschieden. Dieser Schritt ist ein wichtiger Meilenstein für die Bildungslandschaft in unserer Region. Allerdings müssen wir feststellen, dass der Kompromiss noch einige Wünsche offenlässt und sehr einseitig ist.

Als Die LINKE setzen wir uns dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kreisen zu optimieren und weiter auszubauen, um die Bildungsmöglichkeiten in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg zu verbessern. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler in unserer Region Zugang zu hochwertiger Bildung und Ausbildung haben, unabhängig von ihrem Wohnort oder ihrer sozialen Herkunft.

Unser Ziel ist es, die Berufsbildenden Schulen in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg zu stärken und zu fördern, damit sie ihre Rolle als wichtige Bildungseinrichtungen in unserer Region erfüllen können. Dazu gehört auch, dass wir die Interessen der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und der Betriebe in beiden Kreisen berücksichtigen und gemeinsam Lösungen finden, die allen Beteiligten zugutekommen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kreisen transparent und partizipativ gestaltet wird und dass alle relevanten Akteure in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Nur gemeinsam können wir die Bildungsmöglichkeiten in unserer Region verbessern und unsere Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Integrierte Gesamtschulen für mehr Chancengleichheit!

Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit: Frühe Aufteilung der Schüler nach der vierten Klasse in verschiedene Schulformen verstärkt soziale Ungleichheiten, indem sie maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängt. Dagegen ermöglicht längeres gemeinsames Lernen Kindern und Jugendlichen, ihre Potenziale zu entwickeln - die Bildungslaufbahn bleibt länger offen. Zugang zu allen Abschlüssen ohne Schulwechselzäsur wirkt der Benachteiligung durch die soziale Herkunft entgegen.
Pädagogische Qualität, individuelle Förderung, Inklusion und Vielfalt: Unterstützt durch individuelle Begleitung und Lernentwicklungsgespräche (LEG) auf Augenhöhe zwischen Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften erlernen Kinder eigenverantwortliches Lernen. Eine Vielfalt an Lernformen nimmt Rücksicht auf unterschiedliche Talente und Lernbedürfnisse. Konstante Lehrer-Teams sind gemeinsam für das Vorankommen des gesamten Jahrgangs verantwortlich, wodurch Schüler von den Stärken aller Lehrkräfte profitieren; zusätzlich schafft tiefere Lehrer-Schüler-Beziehung Vertrauen, eine sichere Lernatmosphäre und ganzheitliche Sicht auf die Entwicklung des Kindes.
Stärkung der Gemeinschaft: Gemeinsames Lernen und die Begegnung auf

Augenhöhe stärken den sozialen Zusammenhalt und wirken Vorurteilen entgegen - an der Schule und darüber hinaus in der Kommune als Ganzes - die Vernetzung der Elternschaft fördert generationen- und schichtenübergreifend einen inklusiven Gemeinschaftssinn, die Vielfalt der Gesellschaft abbildend und somit als Integrationsmotor für Menschen mit Migrationshintergrund wirkend.

Für eine Schule ohne Druck: Gleiche Bildungschancen für alle!

#WegMitDenHausaufgaben #Notenfrei

Chancengleichheit durch Entkopplung von Bildungserfolg und finanziellen Mitteln: Hausaufgaben zementieren die soziale Ungleichheit, indem sie die soziale Spaltung aufgrund abweichender Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Familie vertiefen. Die Abschaffung von Hausaufgaben bei gleichzeitiger Stärkung der öffentlichen Schule / Ganztagsschule als zentraler Ort des Lernens reduziert den Einfluss des privaten Geldbeutels auf die schulische Leistung.
Stressfreie Schule vs. kapitalistische Logik: Unser Entschleunigungskonzept (Abschaffung von Hausaufgaben und der Leistungsbewertung) steht in direktem Gegensatz zu den Werten einer rein kapitalistischen, auf Leistungsmaximierung, Wettbewerb, Effizienz und Erfolg ausgerichteten Gesellschaftsordnung. Bildung ist ein Grundrecht, keine Ware, und hat dem Menschen zu dienen, nicht der Wirtschaft! Unser Ziel ist die Persönlichkeitsentfaltung, Mündigkeit und das Wohlbefinden des Kindes, nicht die Ausbildung von auserlesenem Humankapital für den Arbeitsmarkt.
Gesünderes Lernen: Eine bessere Balance zwischen Schulzeit und Freizeit fördert die Motivation. An die Stelle von traditionellen Ziffernnoten treten alternative Bewertungsmethoden - schriftliche Leistungsrückmeldungen (Lernentwicklungsberichte) und Lernentwicklungsgespräche, die eine gezieltere Förderung durch Fokus auf Stärken und konstruktives Feedback ermöglichen: Ein tieferes Verständnis für den Lernfortschritt des Kindes, das weit über die bloße Ziffernlogik hinausgeht.
Weniger Korrekturaufwand für Lehrkräfte und effektivere Unterrichtsgestaltung: Die Zeit, die Lehrkräfte im Moment mit der Kontrolle und Bewertung von Hausaufgaben zubringen, können sie in die Planung von Inhalten und die Betreuung der Kinder investieren - eine effektivere Nutzung der Schulzeit durch nahtlose Integration von Übungs- und Vertiefungsphasen in den Unterricht.

Sanierung & Modernisierung der Schulgebäude

Die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Doch leider sehen wir uns in vielen Schulen mit maroden Gebäuden und unzureichenden Lernbedingungen konfrontiert. Es ist nicht hinnehmbar, dass Schülerinnen und Schüler in Containern unterrichtet werden oder in Gebäuden

lernen müssen, die nicht den notwendigen Standards entsprechen.

Als DIE LINKE sagen wir: Bei Bildung darf nicht gespart werden! Kinder und Jugendliche brauchen ein vernünftiges Lernumfeld, das ihre Entwicklung und Bildung fördert. Dazu gehören moderne Unterrichtsmethoden und -materialien, aber auch sichere und hygienische Schulgebäude.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulen in unserem Landkreis Darmstadt-Dieburg saniert und modernisiert werden. Wir fordern eine nachhaltige Investition in die Bildung, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben. Dazu gehören auch ausreichend qualifizierte Lehrkräfte und eine angemessene Ausstattung der Schulen.

Unser Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler in unserem Landkreis ein Lernumfeld vorfinden, das ihre Potenziale fördert und sie auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bildung in unserem Landkreis priorisiert wird und dass die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um die Schulen zu verbessern.

Schwimmunterricht

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist uns ein wichtiges Anliegen. Leider zeigt die Statistik, dass die Zahl der Badeunfälle in Deutschland seit 2015 tendenziell steigend ist. Im Jahr 2024 verloren mindestens 411 Menschen ihr Leben bei Badeunfällen. Eine häufige Ursache für diese Tragödien ist die nachlassende Schwimmfähigkeit vieler Menschen.

Als DIE LINKE sehen wir die Ursachen für diese Entwicklung in der Schließung von Bädern und dem Wegfallen von Schwimmkursen. Wir müssen daher dringend etwas tun, um die Schwimmfähigkeit unserer Bevölkerung zu fördern und die Sicherheit im Wasser zu erhöhen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Schulschwimmen zu fördern und öffentliche Schwimmbäder zu erhalten. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen und ihre Fähigkeiten im Wasser zu verbessern. Dazu gehören auch ausreichende finanzielle Mittel für Schwimmkurse und die Instandhaltung von Schwimmbädern.

Zum Abschluss

Wie Karl Marx einst sagte: 'Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.' (Karl Marx, Thesen über Feuerbach, 1845) Wir wollen eine bessere Zukunft für alle, eine Zukunft, die gerecht und solidarisch ist. Eine Zukunft, in der alle Menschen Zugang zu Bildung, Gesundheit und einem würdigen Leben haben.

Deshalb gehen wir in die Politik, um die Welt zu verändern. Wir wollen die Gesellschaft gestalten, in der wir leben möchten. Wir wollen, dass die Reichen für ihre Privilegien bezahlen und dass die Schwachen geschützt werden. Wir wollen, dass die Umwelt geschützt wird und dass die Wirtschaft für die Menschen da ist, nicht umgekehrt.

Wir sind bereit, für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Wir glauben an die Macht der Menschen, die Welt zu verändern. Wir glauben an die Solidarität und die Gerechtigkeit. Wir werden nicht aufgeben, bis die Welt ein besserer Ort für alle.ist.

Deshalb am 15. März 'Die Linke' wählen

Damit die Mehrheit wieder mehr hat!